

Niederschriften der Sitzungen der Verwaltungskommission
Teil 3: 120. bis 142. Sitzung vom 5. September bis 17. Dezember 1947
(Saarländisches Landesarchiv, StK 1702)

Unkorrigierte Arbeitsfassung vom Oktober 2023

Bearbeitet von
Susanne Schmolze M.A., Archivreferendarin

Landesarchiv

SAARLAND



Die Transkription dieser Arbeitsfassung wurde mit der Plattform Transkribus der READ-COOP SCE und einem selbst trainierten KI-Modell erstellt (siehe <https://readcoop.eu/de/transkribus/>). Das vorliegende Dokument ist eine Arbeitsfassung und soll zeitnah final bearbeitet in Form einer kritischen Edition veröffentlicht werden.

Dauerhafter Link zu diesem Dokument:

https://saarland.de/landesarchiv/DE/materialien/_functions/Pilotprojekt_KI-gestuetzte_Handschriftenerkennung.html

Dieses Dokument steht unter der Lizenz CC BY-NC 4.0.



CC BY-NC 4.0

Bearbeitung: Susanne Schmolze, M.A. (Archivreferendarin)

Saarländisches Landesarchiv

Dudweilerstraße 1

66133 Saarbrücken

Email: landesarchiv@landesarchiv.saarland.de

Stand: Oktober 2023

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| 120. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 5. September 1947..... | 4 |
| 121. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 12.9.1947..... | 7 |
| 122. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 16.9.1947..... | 11 |
| 123. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes am 19.9.1947 | 13 |
| 124. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 26.9.1947..... | 16 |
| 125. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 30. September 1947..... | 19 |
| 126. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 3. Oktober 1947..... | 23 |
| 127. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 7. Oktober 1947..... | 25 |
| 128. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 10. Oktober 1947..... | 28 |
| 129. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 17.10.1947..... | 30 |
| 130. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 21. Oktober 1947..... | 34 |
| 131. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 24. Oktober 1947..... | 36 |
| 132. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 28.10.1947..... | 38 |
| 133. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 31.10.1947..... | 40 |
| 134. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 4. 11.1947..... | 42 |
| 135. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 14.11.1947..... | 45 |
| 136. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 18.11.1947..... | 48 |
| 137. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 21. November 1947 | 50 |
| 138. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 28.11.1947..... | 53 |
| 139. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 2.12.1947..... | 57 |
| 140. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 5. Dezember 1947..... | 58 |
| De 14r. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 9.12.1947. | 61 |
| 142. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 17.12.1947..... | 65 |

120. Sitzung. der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 5. September 1947

Anwesend: Alle Direktoren ausser dem erkrankten Vorsitzenden und dem beurlaubten Direktor für Finanzen. Ven Vorsitz führte der Direktor für Wirtschaft. und Verkehr. Die Sitzung dauerte von 9 iUhr bis 105 Uhr Niederschrift des Verhandlungsergebnisses. 1) Errichtung eines Parlamentsgebändes Es soll das frühere zivilkaseno Gebäude in der Alleesträsse als Parlamentsgebäude emgestaltet werden. Die Arbeiten sollen sofort beginnen. Die Bereitstellung von 100000.-31 als erste Räte ist beantragt. Dem Antrag wird zugestimmt. 2.) Antrag der Direktion für Ernährung und Landwirtschaft auf Einstellung des Forstmeisters Williehm Weissumtler als Fortmeister beim Forstamt Wadern. Der Ernennung des Porstimeisters Wilhelin Weissmeller als Vorstmeister beim Forstant Wadern, wird zugestimmt.

3.) Stellungnahme der Direktion für öffentliche Erziehung zu. a der Rechtsanordnung über die Vollziehung des Jugendarrestes im Saarland. b) der Rechtsanordnung über den Jugendstraf. vollzug in Saarland Den Vorlagen wird mit folgender Massgabe, zugestimmt: § 10 der Vorlage betreffend die Rechtsanordnung über den Strafvollzug im Saarland wird dahint geändert) ergänzt: Die Berufung der Beamten des Jugendgefängnisses erfolgt durch das Mitolie für Justiz der Verwaltungskommission im Einverziehen mit dem Mitglied für öffentliche Erziehung. 4.) Beratung über die Fertigstellung und den Haushalt der Siedlung, La Breteche, in Homburg. Nach dem Bericht des Direktors für Arbeit und Wohlfahrt ist es bei Anwendung aller Sparsämekeitsmassnahmen nicht möglich, dass sich der Haushalt der Siedlung selbst trägt. Seine Direktion soll dieserhalb zusammen mit der Direktion für Finanzen einen entsprechenden Bericht an die Militärregierung machen. 5.) Bericht über die Landwirtschaftsstatistik. zur Ermittlung genäuerer Zahlen über die Bodenbenutzung im Saarland soll auf

Vorschlag des Direktors für Ernährung und Lamwirtschaft eine statistische Abteilung bei der Landwirtschaftskammer eingerichtet werden. Durch diese soll alsdann mittels Einsatzes ihrer Beamten die Erhebung über die Bodenbenntzung erfolgen, dammt die Misstände bei der bisherigen Erhebung, welche auf eigene Angaben der Landwiete beruht, behoben werden. 6.) Nachweis der Geschäftszimmeigeräte. Das Mitglied fün Arbeit und Wohlfahrt nacht darauf aufmerksam, dass seine Direktion nicht auch die Aufsicht über die Geschäftszimmergeräte für die Justizverwaltung, die sich im gleichen Gebäude befindet, führen kann. Es muss dies durch einen Beamten der Justizverwaltung geschehen. Das Personalreferat soll das Erforderliche veranlassen. inn a 7.) Vorlage der Direktion für Arbert und Wohlfahrt auf Gewährung von Heilfürsorge an einen seit Gebürt in Lothringen Wonnenden Kriegsbeschädigten dentscher Staatsangehörigkeit saarländischer. Abstännung. Dem seit seiner Gebert in Lothringen wohnenden

kriegsbeschädigten Jonann Blasuis, der von saarländischen Eltern abstammt, soll ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs auf Rente

oder Versorgung Heilfürsorge in einem saarländischen Krankenhaus gewährt werden. 7.) Vorlage der Direktion für Arbeit und Wohlfahrt auf Gewährung eines Zuschusses zur Beseitigung von weiteren Kriegssehaden im städtischen Krankenhaus Saarlouis. Das Mitglied für Arbeit und Wohlfahrt. wird zusammen mit der Direktion für Finanzen die Frage unvievweit die Stadt oder der Kreis Saarlouis Zuschüsse leisten müssen und können, erneut prüfen 9.) Antrag der Direktion für Arbeit und Wohlfahrt auf Ernennung des Heg. Assessors Josef Thönnnes zum Reg. Rat. Die Angelegenheit wird bis nach den Wahlen vertagt. 10.) Ernennung der Vorstände der Kreis. versicherungsanstalten. Der Direktor für öffentliche Erziehung macht darauf aufmerksam, dass unter den 8 Bewerbern nur einer der C VV. angehört. Er schlägt für die 3 noch einzustellenden Vorstände der Kreisversicherungsanstalten St. Ingbert, Saarlouis und Merzig neue Kandidaten vor Das Mitglied für Arbeit und Wohlfahrt. wies Sarauf hin, dass alle übrigen Mitgehobene Stellen in der Sozialversicherung von Mitgliedern der C VV.

besetzt sind und dass die Eignung und nicht die Parteizugehörigkeit massgebend sein müsse. Nach einigen Erörterungen soll die Beschlussfassung vertagt werden. Das Mitglied für Arbeit und Wohlfahrt ist damit einverstanden, dass die Stelle in St. Ingbert mit einem von der CrB. zu benennenden Kandidaten besetzt wird. 14.) Wahl der Mitglieder der Gesetzgebenden Versammlung des Saarlandes. Der Generalsekretär teilt mit, dass nach einer Besprechung mit der Militärregierung der § 49 der Verordnung daingehend zu ändern war, dass nicht die Verwaltungskommission, sondern der Direktor für Inneres die Ausführungsbestimmungen erlässt. Es soll jedoch bei den von der Verwaltungskommission beschlossenen Durchführungsbestimmungen verbleiben. 12.) Kartoffelversorgung. Der Direktor für Ernährung und Landwirtschaft weist darauf hin, dass 126000 % Kartoffeln zur Verfügung stehen müssen, um je Kopf der Bevölkerung 3 Zentner Kartoffeln zuzuweisen. Es wird angenommen, dass aus eige

7 ner Erzeugung in diesem Jahr höchstens 25000 %r. zur Verteilung kommen können statt der erwarteten 50000 %. 20000 % sollen von Koblenz beschafft werden. Ob diese henge herein kommt, ist frag. lich. Den Herrn Gouverneur soll über die Lage eingehender Bericht erstattet werden. mit der Bitte Schritte zu unternehmen um der Not abzuhelpfen. 13.) Arbeitseinsatz. Von 200000 Arbeitern im Saarland sind nach dem Bericht des Mitglieds für Arbeit und Wohlfahrt 200000 Männer und nur 50000 Trauen. Letztere können im Bergbau und der Schwerindustrie kaum Verwendung finden. Es wird erwogen, eine grossere Zahl von Frauen der in der Entwicklung begriffenen Leichtindustrie, nsbesonere Elektroindustrie zuzuführen. Der Einsatz

polnischer und italienischer Arbeiter auf dem saarlauwischen Arbeitsmarkt wurde die Möglichkeit, von Konflikten mit der Bevölkerung mit sich bringen. Auch müssen zunächst der Schwerindustrie neue Kräfte zugeführt werden um die Stahlerzeugung zu erhöhen und Kompensationsmöglichkeiten für

Lebensmittel zu schaffen. 14.) Einstellung des Fritz Schack im Bereiche der Direktion für Ernährung und Landwirtschaft. Das Mitglied für Ernährung und Landwirtschaft legt Einspruch gegen den ablehnen den Beschluss der Personalkommission ein, damit ein Beschluss der Verwaltungskommission herbeigeführt wird. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Ennell.
vzn (Mtn Veera Bm Iin

121. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 12.9.1947.

Gegenwärtig: Alle Direktoren ausser dem erkrankten Vorsitzenden und dem beurlaubten Direktor der Finanzen. Den Vorsitz führte der Direktor für Wirtschaft und Verkehr. Die Sitzung dauerte von 830 bis 1135 Uhr. Niederschrift des Verhandlungsergebnisses. 1.) Verhaftung von Beamten des Baureferats. Der Vorsitzende gibt bekannt, dass Baudirektor Arndt, Oberregierungs- und Baurat Barth, und Referent Eichbaum durch die Sûrete verhaftet worden sind. Die Mitglieder der Verwaltungskommission sind der Auffassung, dass es bei der Verhaftung von leitenden Beamten durch die Turete wünschenswert ist, dass die Verwaltungskommission hieron sofort verständigt werde und auch über den Grund der Verhaftung zunal wenn es sich um Vergehen oder Verbrechen im Dienst handeln sollte. 2.) Ernennung des Stellvertreters des Staatskommissars für die politische Fäuberung, des Saarlandes. Anstelle des ursprünglich vorgeschlagenen

15)

Rechtsanwalts Grün soll Staatskommissar Dr. Sauerland, vorbehaltlich der Genehmigung der Militärregierung zum Stellvertreter des Staatskommissars für die politische Säuberung, Senatspräsident Manderscheid, ernannt werden. 3.) Ergänzungsverordnung zur Verordnung über die Betriebsrate. Die Erörterung wird auf Vorschlag des Mitglieds für Arbeit und Wohlfahrt ver- tagt. 4) Tagesordnung für die Besprechung bei dem Herrn Gouverneur. zu den bereits vorge- sehenen Punkten, Eierabgabeverordnung, Versorgungsbezüge feür Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Weitergewährung von zinslosen Darlehen an politisch Geschädigte, soll die Verhaftung von leitenden Beamten zum Gegenstand der Tagesordnung gemacht werden. 5.) Rechtsanordnung über Verjährungsfristen. Es händelt sich um die Verlängerung der Ver- jährungsfristen um 1 Jahr wegen der weiteren Nachwirkung der Kriegsverhältnisse. Der Vor- lage wird zugestimmt. 6.) Einstufung der Kolmetscher der Verwaltungskommission. Dem Ein- stufungsvorschlag wird zugestimmt. 7.) Übernahme des PForstmeisters Schwalb

o. als Forstmeister des Vorstamts St. Ingbert. Dem Antrag wird zugestimmt. Die Besoldung soll nach A 2 c 2 erfolgen. 8.) Einstellung des Dr. Jür. Rauch als Rechtsreferent für das Ver- kehrswesen. Dr. Rauch soll im Angestelltenverhältnis beschäftigt und nach TOA III besoldet werden. 9.) Einstellung des Dr. hed. Neumann beim Fiesorgeamt für Kriegsopfer. Der Ein- stellung wird zugestimmt. Die Besoldung soll nach TOA III erfolgen. 10.) Klärung des Dienst- verhältnisses. Assessor Weber in der Direktion für Ernährung und Landwirtschaft. Assessor Weber soll als Regierungsrat ernannt werden mit Besoldung nach A 2 c 2. 11.) Einstellung des

Dr. Bartel bei der Feststellungsbehörde Saarbrücken. Das Personal der Feststellungsbehörden, soll eingeschränkt werden. Es ist daher zunächst im Envernehmen mit der Finanzdirektion zu prüfen, ob diese Neueinstellung geboten ist. 12.) Übernahme des Gemeindeforstmeisters. A. Schulte in den Staatsdienst. Die Erörterung wird zurückgestellt. bis der Epurationsentscheid vorliegt. 13.) Versetzung Dr. Wemmägr. in den Ruhestand

12.

Der Epurationsentscheid lautet untrage, bar für die Verwaltung. Eine Entlassung ohne Pension ist nicht ausgesprochen worden. Der 48 jährige Antragsteller ist leidend, sodass die Voraussetzungen für die Versetzung in den Ruhestand gegeben sind. Es soll zunächst in Rechtsgutachten erhoben werden, ob die Versetzung in den Ruhestand verfügt werden kann. 14.) Genehmigung der Satzung der Landeszentralbank Saar Vorlage Die Fatzung wird genehmigt. 15.) Versetzung des Prof. Dr. med. Orth, Homburg in den Ruhestand Der Pensionierung wird zugestimmt. 16.) Bericht über die Umbauarbeiten des Schlosses Lalberg. Der dem Generalsekretär zugegängene Bericht soll allen Direktoren in Abschrift zugänglich gemacht werden. 17.) Ernennung und Besoldung der Vorsitzenden und juristischen Beisitzeen bei den Spruchkammern. Die Angelegenheiten der Spruchkammern wurden bisher vom Vorsitzenden der Verwaltungskommission behandelt und zwar in seiner Eigenschaft als Vorsitzender. Es wurde deshalb der Generalsekretär von ihm beauftragt, die für die

1 Einrichtung erforderlichen Besprechungen und Verhaudlungen zu führen. Die Ernennungen und Besoldungen der Vorsitzenden und juristischen Beisitzer bei den Spruchkammern sollen daher durch das Personalreferat erfolgen. 18.) Einberufung des Regierungsrats Schulze von der Devisenstelle Saarbrücken. Die Erörterung der Angelegenheit wird bis 16.9.1947 vertagt. Die Vorgänge sollen bei der Personalkommission eingefordert werden sowie die Angabe der Gründe, weshalb sie einen ablehnenden Standpunkt einnimmt. 19.) Rechtsanordnung über die Gemeinschaftsarbeit für den Wiederaufban Eine Stellungnahme der Justizdirektion soll zunächst eingeholt werden. 20.) Einschreibung der Sozialversicherten. Das Mitglied für Arbeit und wohlfahrt trägt vor, dass die vorgesehene Einschreibung Erfassungszwecken dienen soll, um feststellen zu können, ob die Vorschriften über die Versicherungspflicht beachtet werden. Der Vorlage wird mit der Massgabe zugestimmt, dass sie am 1.10.1947 in Kraft tritt. 21.) Kürzung der Pensionen bei Wiederbeschäftigung von Ruhestandsbeamten.

18 Die Erörterung wird vertagt, bis zur Rückkehr des Direktors für Finanzen. 22.) Beitritt der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte des Saarlandes zur Abeitsgemeinschaft Deutscher

Hauptfn. sorgstellen in Kassel. Die Angelegenheit wird zurückgezogen. 23.) Gewährung von Finterbliebeneubezüge in die Witwe des Regierungs-Obersekretärs Hildebrand. Die Vorlage wird angenommen. 24) Ergänzung der Ricktlinien des Regierungspräsedimms über die einheitliche fürsorgerische Betreuung ehemaliger politischer Haftlinge und AuswändererEs handelt sich darum, dass von einer Rückforderung der Bezahlung gewährter Unterstützungen und Beihilfen Abstand genommen werden soll wie dies auch für Angehörige von Kriegsgefangenen vorgesehen worden ist. Die Verwaltungskommission stimmt aus Gründen gleichmässiger Behandlung dem Entwurf zu. 2.) Einstellung Dipl. Iug. Strohle als Statiker. Der Antrag wird angenommen. Der Antragsteller soll nach V0. A III besoldet werden. 26.) Auhegehaltsfrage Regierungsrat Förster. Regierungsrat Forster, der früher

15 Teeulebeämter der Regierungskommission war, soll die ihm als Beämter zustehenden Bezüge erhalten mit der Massgabe, dass bei der Berechnung des Ruhegehalts die drch das Perule abgegotenen Dienstzahre nicht in Ausatz kommen. 27.) Ernennung des Studieurats Plettung zum Oberstudiendirektor und Lerter des Lndwigsgnnaseim Saarbrücken. Der Vorsitzende stellt Antrag auf Vertagung, da er über den Vorgeschlägenen noch nähere Erkundigungen einziehen will und das Ludwigsgymnasium das bedeutenste Gymmasuum der Saar ist. Alle Mitglieder der Verw. Kommission mit Ausnahme des Vorsitzenden sind gegen den Vertagungsautrag. Dem Vorschlag der Ernennung des Stuvieurats Plettung zum Oberstiediendirektor wird mit einer Stmmenthaltung zugestimmt. 38.) Erhiennung des Bergassessors Wiese zum Berg-rat. Die Angelegenheit wird zurückgestellt bis nach dem 1.5.1948, da bis zu diesem zeitpükt infolge des Epurationsentscheidese keine Beförderung möglichist. 29.) Ernennung Dr. med. Wernecke. zum Leiter der Sterelitatsbekämpfung beim Veterinaruntersuchungsamt.

16 Der Ernennung wird zugestimmt. Die Besoldung wird nach TO0. A III erfolgen, nicht wie in der Vorlage vorgesehlagene ist nach TO. A II. 30.) Ernennung des Dr. med. Nadel zum Leiter der Geschlechtskrankenberatungsstelle des Saarlandes. Der Ernennung wird zugestimmt. Besoldung nach TO A II. 31.) Betreuung des Beamtennachwuchses. Die Erörterung wird zurückgestellt da der Direktor des Innern noch nähere Inforenationen einzieheiu will. 22.) Bericht über die Besichtigung des Jugendgefängnisses Blieskastel Die Mitglieder nehmen Keinntunis vom Bericht. 3.) Entlassung der Angestellten Schaule zum Zwecke der Rückgruppierung Fem Antrag der Direktion für Ernährung und Landwirtschaft wird zugestimmt 84 Berichtigung in der Entscheidung Gnadensache Dr. Plesch, Saarlouis. Der Beschluss der Verwaltungskommis-

sion in der 116. Sitzung vom 26.8.1947 über die Gnadensache Dr. Rlesch wird dahim berichtet, dass der Ausschluss des De. TPlesch aus der Anwaltschaft durch die ergangenen ehrengerichtlichen Urteile im Giadenwege

17 aufgehoben wird. 35.) Ausführverbot von Obst aus einem Kreis in den äudern. Das Ausführverbot soll sich nicht auf Fallobst und leicht verderbliches Oost. beziehen, ebenso nicht auf die freigegebene Menge von 6 kg. 36.) Entlassung des Gendarmeriedirektors Heese. Die Angelegenheit soll in der Sitzung beim Herrn Gouverneur zur Srache: gebracht werden. Die Beschlüsse wurden mit Ausnahme des Beschlusses zu Pruckt 27. einstimmig gefasst, 7 am bed poo Sum 8. Zim CA hn Uli kim

122. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 16.9.1947

Anwesend: Alle Direktoren ausser dem erkrankten Vorsitzenden und dem beurlaubten Direktor der Finanzen. Den Vorsitz führte das Mitglied für Wirtschaft und Verkehr. Die Sitzung dauerte von §30 bis 94. Uhr. Sie müsste alsdann geschlossen werden, da 2 Direktoren an einer Besprechung beim Herrn Gouverneur teilnehmen müssten. 1.) Entlassung des Gendarmeriedirektors Heese. Auf Antrag des Gendarmeriedirektors Heese sollen die Akten dem Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten vorgelegt werden mit der Bitte im gutächtliche Änsserung. 2.) Regelung der Unzugskostevergütung. Die Vorlage der Finanzdirektion, welcher die Direktion für Justiz und das Personalreferat zugestimmt haben und gegen die auch die Einheitsgewerkschaft keine Einwendung erhoben hat, wurde angenommen. 3.) Einspruch der Finanzdirektion gegen das Gutachten der Personalkommission wegen Einberufung des Steneramtmäis Anton Schutze.

19. Der Einberufung des früheren Regierungsrats Auton Schulze als Steueramtmann zur Direktion der Finanzen wurde zugestimmt. 4.) Betrifft Verstaatlichung der Polizei. Die Verwaltungskommission des Saarlandes ist grund sätzlich danmt einnverstanden, dass das Melde- und Passwesen bei der Staatlichen Polizei verbleibt. Es gehört dies zu ihrem eigentlichen Aufgabengebiet. Der übrige Fragen komplex soll erneut zurückgestellt werden. 3.) Kreisernährungsämter St. Der Direktor des Innern macht darauf aufmerksam, dass die Landräte von den Kreisdelegierten zur Veraufwortung gezogen werden, wenn die Erfassungsergebnisse der Ernährungsämter A zu Beanständungen Anlass geben. Sie müssten daher mindestens der Dienstaufsicht der Landräte unterstellt werden, wenn sie auch m in sachlicher Hinsicht Weisung von der Direktion für Ernährung und Landwirtschaft erhalten sollen. Wenn die Dienstaufsicht der Landräte nicht gegeben sei, müssten die Landräte von der Verantwortung für die Ernährungsämter entbunden werden. der Direktor

20

für Ernährung und Landwirtschaft. bittet die Selbständigkeit der Ernährungsämter A zu erhalten und die Erörterung der Angelegenheit zu vertagen, da die Ernährungslage gegenwärtig keine Erschütterung durch anderweite Verteilung der Zuständigkeit verträge. Er ist der Ansicht, dass die Landräte durch Einsicht in die Post zwischen Landesernährungsamt und kreisernährungsamt hinreichend über alle getroffenen Anordnungen auf dem Laufeiden gehalten werden und sich einschalten können, wem Schwierigkeiten vorauszusehen sind. zwei Mitgliever waren für den Antrag, zwei dagegen. Ein Mitglied enthielt sich der Stimme. Die Entscheidung muss

daher entsprechend der Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung der Verwaltungskommission getroffen werden. 6) Errichtung eines Gefängnisses auf dem Lasernengelände in Eonburg. Der Antrag der Direktion für Justiz soll der Direktion für Finanzen zugeleitet werden, damit sie mit der Militärregierung weitere Verhandlungen pflegt mit dem Ziel, die notwendigen Mittel für den sehr dringlichen Bau des Gefängnisses baldigst bereitzustellen. 7.) Erste Ergänzungsanordnung zur Ver

ordnung über die Betriebsräte im Saarland. Auf den Vortrag des Direktors für Arbeit und Wohlfahrt wurde dem Erlass der vorgeschlagenen Verordnung zugestimmt. Die Beschlüsse wurden mit Ausnahme des Beschlusses zu Punkt 5.) einstimmig gefasst. Zim Zewem.Sen Vh. 8. Er hm
(r

123. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes am 19.9.1947

Gegenwärtig: Alle Direktoren ausser dem erkrankten Vorsitzenden und dem beurlaubten Direktor der Finanzen. Den Vorsitz führte das Mitglied für Wirtschaft und Verkehr. Die Sitzung dauerte von 8 bis 11 Uhr Niederschrift des Verhandlungsergebnisses. 1.) Tagesordnung für die Besprechung beim Herrn Gouverneur. Der Punkt, Disziplinarverfahren gegen Gendärmeriedirektor Keese soll von der Tagesordnung für die Besprechung beim Herrn Gouverneur abgesetzt werden. 2.) Rechtsanordnung über die Einrichtung und Zuständigkeit eines Staatskommissärs für den Niederaufbau. Es wird eine Änderung des vorliegenden Entwurfs für angebracht gehalten und zwar nach der Richtung, dass die Aufgabengebiete für die der Staatskommissär federführend und die, bei denen er nur mitbeteiligt ist, getrennt werden. Der Generalsekretär soll eine neue Fassung des Entwurfs in der nächsten

Sitzung vorlegen. 3.) Rechtsanordnung über die Einziehung der im Epurationsverfahren verhängten Geldbüßen. Der vorgeschlagenen Änderung und Ergänzung der Rechtsanordnung wird zugestimmt. Dieselbe soll in der abgeänderten Fassung veröffentlicht werden. 4.) Errichtung eines Landeskrankenhauses in Saarwüchen. Es wird nicht für zweckmässig erachtet, die Errichtung des Raues dem Spezialisten für derartige Bauten, dem Schweizer Architekten Vetter, ohne weiteres zu übertragen. Es soll daher zunächst eine Ausschreibung stattfinden. 5.) Erlass betreffend Anwendung der versorgungsrechtlichen Ruhensvorschriften (Moitwen und Waisen. Der Vorlage wird zugestimmt. 6.) Kreisernährungsämter A. Das Mitglied für Ernährung und Landwirtschaft macht auf die historische Entwicklung der Ernährungsämter A aufmerksam. Ihr Aufgabenbereich sei die Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die früher im Reichsnährstand zusammengefasst gewesen sei. Die Ernährungsämter B hatten a4.

für die Verteilung zu sorgen, die eine Aufgabe der Verwaltung sei. Letztere Ämter seien dem Landrat unterstellt, während die ersteren Ämter dem Landesernährungsamt unterstellt seien und unterstellt bleiben müssten. (Nach längerer Erörterung wurde beschlossen, dass die Landräte die Ausübung des Dienstes der Bediensteten dieser Stellen überwachen sollen. Gleichzeitig sollen sie die Überwachung der Weisungen und Verfügungen des Landesernährungsamtes vornehmen 7 7.) Niederlassung von Ärzten im Saarland Das Mitglied für Arbeit und Wohlfahrt hält die Ungültigkeitserklärung aller von Dr. v. Brochowski gefassten Beschlüsse und Anordnungen für notwendig, da sie nach dem Gutachten der Justizdirektion rechtsungültig sind. Es

wurde beschlossen, Dr. O. Brochowski umgehend dahin zu verständigen, dass er bis zur endgültigen Regelung ab so fort Heinerlei Massnahmen mehr als Vorsitzender der Arztekammer treffen oder durchführen darf. Er soll sich am Dienstag, den 25.9.1947 über seine Geschäftsführung und namentlich darüber äussern, worauf er die bisher von ihm ausgeübten Befugnisse E.) zu gründen vermeint, ebenso darüber, warum sich heute eine anerkannte Arztekammer noch nicht eingerichtet ist. 8.) Abänderungsverordnung zur Verordnung über die Wahl der Mitglieder der Gesetzgebenden Versammlung. Den Abänderungsvorschlägen wird zugestimmt. 4.) Entscheidung über die Zuweisung des Hauses, Trillerweg 42. Das Haus Trillerweg 42 soll der evangelischen Kirchengemeinde endgültig überlassen werden. Es ist ihr bereits vor der Stadtverwaltung durch den Regierungspräsidenten und den Herrn Gouverneur zugeteilt worden, so dass ihr ältere Rechte zustehen. 10.) Preise für Tabakwaren bei Sonderzuteilungen zu Vorzugpreisen. Der Vorlage wurde zugestimmt. Sie soll eine erhebliche Steuereinnahme erbringen. 11) Ergänzung der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Betreuung vom Nationalsozialismus und Militärisus. Der Vorlage wird zugestimmt. 12) Ergänzung der Erfassung und Beaufsichtigung der Prostituierten. Der Direktor für Inneres gibt eine Anordnung bekannt, durch welche die

26

Erfassung auf alle grösseren Städte des Saarlandes ausgedehnt werden soll. Es wird hierbei zur Sprache gebracht, dass es notwendig sei, dass das entsprechende Referat bei der Polizei von einer Beamtin geleitet wird. Bei der Ausführung der polizeilichen Massnahmen könnte männliche Polizei eingesetzt werden. Der Vorlage wird zugestimmt. Der Direktor des Innern wird den Dünseh wegen der Übertragung des betreffenden Referats der Militärregierung mitteilen. 13.) Bewilligung eines Kredits zur Konservierung des erhöhten Anfalles von Frischfleisch. Der von der Direktion für Ernährung und Landwirtschaft geforderte Kredit zur Konservierung von anfallendem Frischfleisch in Höhe von zunächst 1.250.000-S41 wird bewilligt. 14.) Eingruppierung des Polizeidirektors Dr. Gerbei. Die Verwaltungskommission stimmt der Eingruppierung des Polizeidirektors Dr. Gerber nach A 1 a auf den Antrag des Direktors des Innern zu. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Punkt 6 letzter Absatz wird wie folgt

z.berichtet: Nach längerer Erörterung wurde beschlossen, dass die Lamräte die Dienstaufsicht über die Bediensteten des Kreisernährungsamts A übertragen erhalten und die Durchführung der Weisungen und Verfügungen des Landesernährungsamts überwachen. hiaun PordtSrrn. Ziom 8. Hem Ab kmm Wu.

124. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 26.9.1947

Gegenwärtig: Alle Direktoren ausser dem erkrankten Vorsitzenden und dem beurlaubten Direktor der Finanzen. Den Vorsitz führte der Direktor für Wirtschaft und Verkehr. Die Sitzung dauerte von 800 bis 11 Uhr Niederschrift des Verhandlungsergebnisses 1) Drück und Verbreitung des Verfassungsentwurfs. Der Vorlage des Generalsekretärs über Druck und Verbreitung des Verfassungsentwurfs wurde zugestimmt und die Ausgabe des erforderlichen Kostenbetrages der voraussichtlich 10000-S4t betragen wird, genehmigt. 2.) Rechtsanordnung zur Ergänzung des Erlasses über die Organisation und die Tätigkeit des Landesamts Saar-Vermögens-Entrolle-vom 22.11.1946 Der Vorlage wird mit folgender Massgabe, zugestimmt: 57 erhält folgende Fassung. "uwiderhandlungen. gegen diese Vor

2g schriften werden mit Gefangnis bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe bis zu 10500.- Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. § 9 soll lauten: Die zur Durchführung dieser Anordnung erforderlichen Vorschriften erlasst der Vorsitzende der Verwaltungskommission im Einvernehmen mit der Direktion fr inanzen und der Direktion für Wirtschaft und Verkehr. 3.) Rechtsanordnung über die Einrichtung und Zuständigkeit eines Staatskommissars für den Wiederaufbau. Der Vorlage wurde in folgender abgeänderter Fassung zugestimmt: §1. "Für das Saarland ist die Dienststelle eines Staatskommissars für den Wiederaufbau im Rahmen des Geschäftsbereichs für Wirtschaft und Verkehr geschaffen worden. Neim Staatskommissar für den Wiederaufbau werden folgende Antgaberengebiete übertragen: a. b. c.. Der Staatskommissar ist au folgenden Aufgaben gebieten beteiligt. a rausportfragen Treibstoff und Trausportmittel im Rahmen des Wiederauftaues,

30

b.) Gemeinschaftsarbeit, Arbeitseinsatz, Verpflichtung von Arbeitskräften, c Finanzierung des Wiederaufbaues, d Rechtsfragen des Wiederaufbaues, Lastenverteilung zwischen Hoypstheken- und Grundschuldglänbigern einerseits und ihren Schuldner andererseits,. Lastenverteilung zwischen erhaltenen und ganz oder teilweise zerstorten Besitz: Die Durchführungsbestimmngen er2. lasst der Direktor für Wirtschaft. und Verkehr im Einvernehmen mit den Direktoren der Finanzen, der Justiz, sowie Arbeit und Wohlfahrt. 4.) Äusserung Dr. von Brochvwski wegen seiner Anordnungen über die Niederlassung von Ärzten im Saarland. Die Angelegenheit wird auf unbestimmte Zeit vertagt, da der Erlass der Verordnung über die Ärztekammer in kürzester Zeit vorgelegt werden soll. 8. Dienstaufsichtsbeschwerde des Verwaltungsvorstehers in Altheim gegen eine Entscheidung der Direktion für Arbeit und wohlfahrt.

Die in Betracht kommenden Akten der Direktion für Arbeit und Wohlfahrt sollen beigezogen und die Direktion für Justiz um Erstattung eines Gutachteus ersucht werden.

z Die Angelegenheit wird bis zur Vorlage des Gutachteus vertagt. 6.) Angelegenheit Bandirektor Arndt. Baudirektor Andt ist aus der Haft entlassen. Bei der nächsten Besprechung beim Heren Gouverneur soll die Behandlung von Verhaftungen leitender Beamten geklärt werden. 7.) Verstaatlichung der Polizei. Landespolizeivverwaltungsdirektor Dr. Gerber berichtet über die Frage der Übernahm des Fass- und Meldewesens in dem Arbeitsbereich der Polizei. Er macht folgenden Vorschlag. Folange die zweite Meldekartothek für die Polizei noch nicht erstellt ist, soll auf jedem Bürgermeisteramt ein Beamter der staatlichen Polizei als Leiter des Meldewesens tätig sein. Wegen der durch führung dieser Massnahme wird Dr. Gerber zunächst eine Aussprache mit Landrat Michely und Bürgermeister Dr. Finger haben. ein überigen soll es bei dem Beschluss der Verwaltungskommission in der 122. Sitzung verbleiben. Dr. Gerber legt Forderungsrichtlinien für die Polizei vor, denen auf einen Antrag zugestimmt wird. 8.) Rechtsanordnung betreffend erweiterte

32 Anwendung des § 68 Absatz 2. T3 G nebst Begründung. Die Altersgrenze für Richter soll generell auf b8 Jahre festgesetzt und in diesem Sinne eine neue Rechtsanordnung vorgelegt werden. 9.) Tierärzteordnung für das Saarland. Die Erörterung der Angelegenheit wird vertagt. Die Anordnung soll der Kammerordnung der Ärzte und Zahuärzte angeglichen werden. 10.) Beförderung Reg. Rat Förster zum Oberregierungsrat. Regierungsrat Förster soll ab 1.7.1947 zum Oberregierungsrat ernannt werden, entsprechend dem Sinne des in dieser Angelegenheit fruher ergangenen Schrittes. 11.) Entscheidung über die zuweisung des Hauses Tritlerweg 42 Die Direktion für Justiz soll sich gutachtlich über die Rechtsfrage aussern und soweit nötig Vorgänge bei den Beteiligten einziehen. Die Direktoren für Arbeit und Wohlfahrt und öffentliche Erziehung sprechen sich nachdrücklich gegen eine Verwendung des Hauses Trillerweg 4h als Jugendheim aus. 12.) Arzteversammlung in Paris. Oberregierungs- um Medrzinalrat Dr. Altmeyer soll als Vertreter der Verwal

2. tungskommission zu der Versammlung abgeordnet werden. Als Reiseaufwand werden ihm 5000.-Franken bewilligt. 13) Erlass lo16 betr. Organisation der Sozialversicherung. Das Mitglied für Arbeit und Wohlfahrt verichtet über ein Schreiben der Militärregierung vom 11.9.1947, das eine Wänderung des Art. 8 Abs. 3 des vorter zeichneten Erlasses für erforderlich hält. Dem Abänderungsvorschlag wird zugestimmt. Nas Mitglied für Arbeit und Wohlfahrt wird dem Herri Gouverneur über die Angelegenheit persönlich berichten. 14.) Beschlagnahme von Pfeiden die von ihrem Eigentiüumer nicht mehr genügend gefüttert werden können. Das

Mitglied für Ernährung und Landwirtschaft berichtet, über die Vorschläge solche Pferde zu beschlagnahmen. Gegen die Vornahme einer derartigen Enteignung werden Bedenken erhoben. Es wird vorgeschlagen, den Pferdehaltern das nötige Futter zur Verfügung zu stellen oder die Pferde anderen landwirtschaftlichen Betrieben, die im Besitze der erforderlichen TPtermen sind, mietweise zu über

3.

lassen. Die Beschlüsse wurden mit Ausnahme des Punktes 14.) einstimmig gefasst. Se
Jraulronk 7 zunen Tt nlb nste hm "Zen

125. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 30. September 1947.

Gegenwärtig: Alle Direktoren mit Ausnahme des erkrankten Vorsitzenden. Den Vorsitz führte das Mitglied der Finanzen. Die Sitzung dauerte von 9 bis 11145 Uhr Niederschrift des Verhandlungsergebnisses 4.) Zuständigkeit des Vorsitzenden der Ärztekammer, Dr. von Brochowski. Dr. D. Brochowski wurde Gelegenheit gegeben seine für ungültig erachteten Anordnungen zu rechtfertigen. Er berief sich mündlich darauf, dass er vom Regierungspräsidenten am 19.2.1946 zum Vorsitzenden der vorläufigen Ärztekammer ernannt worden ist, dass vom Regierungspräsidenten eine vorläufige Ärztekammer berufen wurde Diese habe eine Niederlassungsordnung für Ärzte und ferner Richtlinien für die Anstellung von Ober- und Assistenzärzten in Krankenhäusern und Heilanstalten herausgegeben. Diese Vorschriften hatten die Genehmigung der Aufsichtsbehörde und der Militär

36

regierung gefunden. Das Gutachten der Justizverwaltung habe einen Formfehler als Grundlage und könne nicht durchschlagend sein. Die Bildung der endgültigen Ärztekammer sei durch die Epuration verzögert worden. Es habe verniedert werden müssen, dass sich im Saargebiet nicht zahllose Ärzte aus dem Banat, Sudeten und Ostprovinzen niederliessen. Die Interessen der Saarländer hätten geschützt und die Durchführung der Entnazifizierung hätte ermöglicht werden müssen. Die Entscheidungen über die Zulassung an Ärzten seien nicht von ihm, sondern von einem Zulassungsausschuss getroffen worden, bei dem auch Juristen mitgewirkt hätten Er selbst sei nicht Mitglied dieses Zulassungsausschusses. Er sehe daher keinen Grund zur Beanständung der getroffenen Massnahmen. Das Mitglied für Arbeit und Wohlfahrt hielt dem entgegen, dass Dr. von Brochowski die zuständige Aufsichtsbehörde völlig ausgeschaltet und alles allem mit der Militärregierung geregelt habe. Seine Haltung widerspreche den gesetzlichen Vorschriften, dies habe die Direktion, für Justiz festgestellt und es habe in Ärztekreisen lebhaften Widerspruch hervorgerufen.

In keiner Angelegenheit, besonders nicht in Epurationsfragen habe er es für notwendig gefunden, sich mit der Aufsichtsbehörde in Verbindung zu setzen. Es müssten alle Zulassungsfälle nochmals nachgeprüft werden. Dr. D. Brochowski ist der Auffassung, dass die getroffenen Entscheidungen nicht äusser Kraft gesetzt werden können, da sie gesetzmässig erlassen worden seien. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass der Ärztekammer durch die Verordnung vom 30.10.1945-Amtsbl. Seite 46- der Ärztekammer eine Reihe von Ausgaben zugewiesen sind, welche die §§ 4, b-8 dieser Verordnung enthalten sind § 13 der D0. verweise auf

die Weitergeltung der bisher geltenden Vorschriften hin sichtlich der Beziehungen zwischen den Krankenkassen und den Ärzten. Inwieweit die neu erlassenen Bestimmungen, bzw. die auf Grund dieser erlassenen Anordnungen gegen die Vorschrift des § 13 verstossen, sei zu erfragen und müsse im Einzelfall geprüft werden. 8.) Aufstellung der Tagesordnung für die Besprechung beim Herrn Gouverneur am Freitag, den 7.10.1947. Bei der am 7.10.1947 beim Herrn

38

Gouverneur voraussichtlich stattfindenden Besprechung sollen die bereits früher beschlossenen Punkte der Tagesordnung erörtert werden. 3.) Errichtung eines Erziehungshauses für schulentlassene Knaben im Saarland. Direktor Kin berichtet über die Möglichkeit der Unterbringung der Fürsorgezöglinge in dem Jugendheim in Wrebelskeichen. Es wurde beschlossen, dass zunächst geprüft werden soll, ob die Möglichkeit einer zweckentsprechenden Beschäftigung der Jugendlichen in Wiebelsküchen möglich ist. Als dann sollen Verhandlungen mit der Militärregierung zwecks Freigabe des unter Sequester stehenden Jugendheimes aufgenommen werden. Auch die Kostenfrage der evtl. Ausgestaltung des Heimes soll inzwischen geprüft werden. 7. Einstellung des Oberlandesgerichtsrats Lorscheider als Landgerichtsrat beim Landgericht Saarbrücken. Der Vorlage wurde zugestimmt. 3.) Antrag der Direktion für öffentliche Erziehung auf Einstellung nachgenannter, Künstler 1) Professor Walter Geseck, Diesbaden 2.) Woland Charung Meisterklasse für Geige,

3. 3.) Ferdinand Leinäre, Meistertasse für Violoncello, Der Vorlage wurde zugestimmt. 6.) Übernahme des Assessors Joaef Schmitt als Anwärter für das Amt eines Richters oder Staatsanwalts. Der Vorlage wurde zugestimmt. 7.) Entscheidung über die zukünftigen Dienstbezüge des Direktors Vobert Nenfang. Der Vorsitzende Direktor Grommes machte darauf aufmerksam, dass die Vorlage durch die Genehmigung der Bestimmungen über die Gehaltsverhältnisse ausscheidender Mitglieder der Verwaltungskommission ihre Erledigung gefunden hat. 8.) Zuschusszahlung für das Stadtheater Saarbrücken. Auf Antrag des Direktors Dr. Straus wurde die Zurückstellung der Angelegenheit beschlossen. 9.) Personalverminderung bei der Feststellungsbehörde Saarlouis. Die Frage soll zurückgestellt werden. bis zur nächsten Sitzung 10.) Kürzung der Pensionen bei Wiederbeschäftigung von Ruhestandsbeamten. Die Zurückstellung bis zur nächsten Sitzung wurde beschlossen. 14.) Entscheidung über die zukünftigen Dienstbezüge des Staatskommissars.

für den Wiederaufbau, Herrn Radziewski. Die Frage wird zurückgestellt, da Staatskommissar Radziewsky hierzu zunächst, persönlich versprechen wird. 11.) Vertretungen im Bereiche der

Polizeiver. waltungsdirektion. Der Vorlage der Direktion des Innern wurde zugestimmt. 13.) Versorgungsanspruch der Witwe des Krinnalkommissars Härtwig Machts. Das Mitglied für Finanzen macht darauf aufmerksam, dass die Witwe Machts in Frankreich wohnt und dass grundsätzlich Pensionen nur an Personen bezahlt werden können, die in der Saar wohnen. Es müsse über diese Frage zunächst eine Entscheidung der Militärregierung herbeigeführt werden. Dies soll auf Anregung von Direktor Danzebrink gleichzeitig für den Fall Nikolaus geschehen. 14.) Gestellung eines Kraftwagens für das Gewerbeaufsichtsamts zur Kontrolle der im Saarland befindlichen Sprengstofflager Direktor Kirn macht auf die dringende Notwendigkeit der Bereitstellung eines Wagens für das Gewerdeaufsichtsamt zwecks Durchführung der Kontrolle der im Saarland befindlichen Sprengstofflager aufmerksam. Die Verwaltungskommission erkennt

Ir. die Notwendigkeit der Bereitstellung eines Wagens für diese Zwecke an und beauftragt Direktor Kirn die erforderlichen Verhandlungen mit Direktor Neufang zu führen. 15.) Antrag der Direktion für Arbeit und Wohlfahrt auf Ernennung des Dr. Bacbraus als Chirurgen für den ausscheidenden Professor Orth beim Landeskrankenhaus Homburg. 16.) Antrag der Direktion für Arbeit und Wohlfahrt auf Ernennung des Dr. medkonecker als Chirurg für den ausscheidenden Professor Orth beim Landeskrankenhaus Homburg. Direktor Kirn schlägt folgende Lösung vor Als Nachfolger des beim Landeskrankenhaus in Homburg ausscheidenden Professor Dr. med. Orth soll Dr. eed. Backrhaus bestimmt werden. b. Der beim Knappschaftskrankenhaus in Volklingen beschäftigte leitende Arzt Dr. Lemmen soll wegen Überschreitung des 70. Lebensjahres pensioniert werden um arbeitslose Jungärzte unterzubringen. c) Als Nachfolger für Dr. Lemmen soll Dr. Honecker bestimmt werden Die Verw. Kommission stimmt diesen Vor

4e.) schlagen zu. 17.) Einstellung des Fritz Schack im Bereich der Direktion für Ernährung und Landwirtschaft. Der Vorlage wurde zugestimmt. 18.) Entscheidung der Verwaltungskommission über den Antrag der Direktion des Innern betr. Gewährung eines Unterhaltsbeitrages an die Hinterbliebenen des verstorbenen Gendarmenebeamten Georg Constroffer. Der Vorlage wurde mit der Massgabe zugestimmt, dass den gesetzlichen Hinterbliebenen Bezüge zunächst bis zum 31.3.1948 und eventuell dann auf erneuten Antrag weiter bewilligt werden. 19.) Rechtsanordnung über Neuordnungsmassnahmen zur Beseitigung von Kriegsfolgen. Die Erörterung der Rechtsanordnung über Neuordnungsmassnahmen zur Beseitigung von Kriegsfolgen soll zunächst zurückgestellt werden. 20.) Ankauf der Steinbrüche der PfalzSaarbrücker

Hartstein- Industrie. Werx Oberlinkweiler. Die Verwaltungskommission schliesst sich der Auffassung des Mitglieds der Finanzen an, dass der Ankauf dieser

43 Steinbrüche durch die staatliche Verwaltung nicht zweckmässig ist. 21.) Errichtung eines neuen Parlamentsgebäudes. Das Mitglied für Wirtschaft und Verkehr gibt ein Schreiben des Wiederaufbaukommissärs über die Errichtung eines neuen Parlamentsgebäude bekannt. Bei der Erörterung der Frage, an welchem Ort welcher Stelle das Gebäude zu errichten sei, kam zum Ausdruck dass das Gebäude in umgestalteter Form sich hierfür besonders eignen würde. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Ferner hat Herr Eisele. 8 Z (Sohn)

126. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 3. Oktober 1947

Gegenwärtig: Alle Mitglieder ausser dem. erkrankten Vorsitzenden und dem dienstlich verhinderten Direktor Dr. Strauss. Den Vorsitz führte Direktor Grommes. Die Sitzung dauerte von D. Hs DI. Uhr. Niederschrift des Verhandlungsergebnisses. 1.) Haushaltsplan des LandtagsDer Vorsitzende teilt mit, dass die für den Haushalt vorgesehenen Mittel in Höhe von 852.000-34t, die er des Näheren Dos aläutert, im Wege des Nachkredits bewilligt werden müssen und dass die Militärregierung bereits ihre Zustimmung erteilt hat. Wegen der Vorarbeiten für den Landtag hinsichtlich der Geschäftsordnung, Vorbereitungen für die Bürveimrichtung usw. schlug der Vorsitzende vor, das Generalsekretariat hiermit zu beauftragen. Dem Vorschlag. des Generalsekretärs Herrn. Regierungsrat Dr. Wobido hiermit zu betrauen wurde zugestimmt, ebenso der Bewilligung

4o der Haushaltsmittel. 2.) Besprechung beim Herrn Gouverneur am 7.10.1947. zu den bereits angeführten Punkten soll die Ausübung der Jagd durch saarländische Jager hinzutreten. 3.) Rechtsanordnung über den Rechtszustand in den am 24.6.1947 an das Saarland angegliederten Gemeinden. Die Fassung gibt zu Bedenken Anlass, da der "Rechtsstand ein zu unbestimmter Begrüff ist. Die Justizdirektion soll daher die Fassung erneut prüfen. 4.) Antrag der Direktion für Arbeit und wohlfahrt auf Einstellung des Herrn Albrecht Wodtke, bisher Landrat in der mussischen. Zoue auf Übernahme in den saarländischen Justiz- oder Verwaltungsdienst. Die Erörterung der Angelegenheit wird zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung. 5.) Zuschusszahlung für das Städttheater Saarbrücken. Die Angelegenheit wird zurückgestellt. 6.) Personalveränderung bei der Fertigstellungsbehörde Saarlouis. Die Angelegenheit wird zurückgestelet bis zur nächsten Sitzung.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass das gesamte Personal der unteren Feststellungsbehörde ab 1.1.1946 50 Stellen nicht übersteigen darf. 7.) Kürzung der Pensionen bei Wiederbeschäftigung der Ruhestandsbeamten. Die Verwaltungskommission verbleibt bei ihrem früheren Beschluss. Die vom Personalreferat zur Entscheidung gestellte Kürzung des Dienstgehalts soll nicht in Betracht kommen. 8.) Weitergewährung der Gehaltsbezüge für die Monate August, Septeinber und Ottober an den bisherigen Amtsdirektor Peter Hofmann. Der Vorlage wurde zugestimmt. Hofmann soll im Büro des Landtags Beschäftigung finden. 9.) Ratifizierung der Protokolle wegen der Rückgliederung eines Teiles des Kreises Saarbürg und der Ortertalgemeinden. Die Ratifizierung wurde beschlossen 10.) Rechtsanordnung über die

Verrichtung eines Amtes für Preisbildung und Wirtschaftskontrolle im Saarland. Vt. und Verkehr. Der Direktor für Wirtschaftswesen wird den Entwurf erneut prüfen und hierzu eine erneute Besprechung

47 mit Herrn Direktor Chandat und Wolonel herbeiführen. 11.) Rechtsanordnung über die Landwirtschaftskammer für das Saarland. Die Erörterung der Vorlage wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. 12) Nachzahlung von Bezügen an Regierungsrat Hauriolle. Herr Lauriolle beansprucht die Nachzahlung seiner Bezüge seit 1935. Der Direktor der Finanzen soll die Angelegenheit prüfen. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. 15 Hmt Jamelsree (Ie n kum (oten

127. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 7. Oktober 1947.

Alle Direktoren ausser dem Gegenwärtig. Vorsitzenden und Dr. Kindel, die beide durch Krankheit verhindert waren. Die Sitzung dauerte von 8 bis 11 Uhr Niederschrift des Verhandlungsergebnisses. 1) Entwurf einer Fischerei- Polizeiverordnung In Artikel 6 soll aufgenommen werden, dass der Fang mit Netzen in überwiegend mit Forellen oder Aschen besetzten Bachen verboten ist. zum Entwurf soll weiter ein Gutachten von der Direktion für Justiz eingeholt werden. 2.) Antrag der Direktion für Arbeit und Wohlfahrt auf Einstellung des Herrn Albrecht Wodtke, bisher Landrat in der russischen Lone, auf Übernahme in den saarländischen Justizoder Verwaltungsdienst. Der Vorlage wurde mit folgender Massgabe zugestimmt. Dr. Wodtke soll als Regierungsrat eingestellt werden. Die Einstellung erfolgt für das erste Jahr auf Widerruf. 3. Personalverminderung bei der Feststellungs

behörde Saarlouis. Nach Anordnung der Mission Financiere dürfen ab 1.1.1948 nur 50 Stellen bei den unteren Kriegssachschäden-Feststellungsbehörden besetzt werden. Es müssen daher von vorhandenen die über die Zahl 53 hinausgehenden Stellen eingespart werden. Dies ist bei den Vorschlägen für Stellenbesetzung zu berücksichtigen und ein entsprechender Plan auszuarbeiten. 4.) Rechtsanordnung über die Errichtung eines Amtes für Preisbildung und Wirtschaftskontrolle im Saarland. Die Dienstaufsicht über die Preisbildungsämter soll den Landräten zustehen. Die Post soll durch ihre Hände gehen, soweit es sich nicht um aussergewöhnliche, sehr dringende Fälle handelt. In solchen Fällen ist sie nachträglich vorzulegen. Die Verwaltungskommission steht auf dem Standpunkt, dass die Ämter für Preisbildung und Wirtschaftskontrolle die selbe Stellung erhalten müssen wie die Kreisernährungsämter A. Eine volle Unabhängigkeit kann ihnen nicht zugebilligt werden. Das sachliche Weisungsrecht des Amtes für Preisbildung und Wirtschaftskontrolle wird hierdurch nicht berührt. Die Rechtsanordnung ist daher an die Preiswirtschaftsbehörde zurückzugeben zur entsprechenden Änderung.

50

5.) Rechtsanordnung über die Landwirtschaftskammer für das Saarland. Das Mitglied für öffentliche Erziehung ist der Ansicht, dass die landwirtschaftlichen Schulen und das Ausbildungswesen bei seiner Direktion verbleiben müssen. Es wird die Meinung vertreten, dass die landwirtschaftlichen Schulen zum Aufgabenbereich der Landwirtschaftskammer gehören, dass aber der Haushalt für die landwirtschaftlichen Schulen im staatlichen Haushalt verbleiben sollte. Die Angelegenheit soll zurückgestellt werden bis zur Rückkehr von Direktor Dr. Hindel.

6.) Zuschusszahlungen für das Stadttheater. Saarbrücken. Der Direktor für öffentliche Erziehung hat nachdrücklich für eine Erhöhung des Zuschusses für das Theater auf 300000.- MM en. Die Verwaltungskommission beschloss. bei einer Stimmenthaltung im Hinblick auf die Lage des Haushalts, den Zuschuss für das Theater nur um 50000.-RMk somit auf 200.000.- Mk zu erhöhen. Die Frage, ob das Stadttheater als Staatstheater übernommen werden soll, soll vom Parlament entschieden werden. 7.) Einstellung des Gustav Albert Meyer als Kohleureferent. Der Einstellung mit Besoldung nach

5. TOA III wird zugestimmt. 8.) Einstellung des Dr. Frönebaum als Wirtschaftsrachverständigen. Der Einstellung mit Besoldung nach TOA III wird zugestimmt. 9.) Einstellung des Herrn Orschel als Wirtschaftssachverständigen. Die Einstellung mit Besoldung nach TOA III wird genehmigt. 10.) Einstellung des Dr. Fritz Alliners. Der Einstellung mit Besoldung nach TOA II wird zugestimmt. 11. BOA. Verbesserung des Reg. Baurats Heinrich Latz: Die Vorlage soll durch die Direktion für Wirtschaft und Verkehr zunächst geprüft werden. 12.) Besoldung des Dr. Welsmann. Die Besoldung soll nach TOA IVII erfolgen. 13.) Übernahme des Assessors Bämberg in das ausserplanmässige Beamtenverhältnis. Die Angelegenheit wird zurückgestellt bis zum Erlass der in Aussicht genommenen Amnestie. 17.) Einstellung des Dr. med. Conelte. Der Einstellung wird zugestimmt. mit Besoldung nach TOA III 15.) Einstellung des Dr. med. Hoffmann,

De

St. Wendel. Der Einstellung wird zugestimmt mit Besoldung nach TOA III 16.) Einstellung des Dr. med Vial, St. Wendel Der Einstellung wird zugestimmt mit Besoldung nach TOA III. 17.) Ernennung der Berufsschuldirektorin Flohr. Der Ernennung wird zugestimmt. 18.) Zulage für Oberstudiendirektor Burghardt. Der Vorlage wird zugestimmt. 19.) Einstellung des Dr. Barthel (Preisbitrungsamt Saarlouis. Der Antrag wird zurückgereicht, da der erforderliche Vorlagebericht fehlt. 20.) Beförderung des Amtrats Wahrheit zur Regierungsrat. Die Angelegenheit wird zurückgestellt bis zur Rückkehr des Direktors der Justiz 21.) Ernennung Reinkober. Der Antragsteller muss zunächst die Inspektorenprüfung ablegen, dann kann seine Ernennung erfolgen. 22) Besoldung des Generalsekretärs. Der Vorlage wird zugestimmt. 23.) Einstellung Bridies beim Bodewirtschaftsamt. Die Angelegenheit wird zurückgestellt bis zur Rückkehr des Direktors für

Ernährung und Landwirtschaft. Die Direktion für Ernährung und Landwirtschaft soll zunächst eine Vorlage machen aus der ersichtlich ist, ob die Einstellung erforderlich ist und welche

Tätigkeit Briveus ausüben soll. 2.4.) Ernennung der Angestellten Dr. Leib, Bungart und Weber zu Regierungsräten. Es sind für 2 Poststellen für Regierungsräte verfügbar, die mit Bungart und Weber besetzt werden sollen. 25.) Pensionsanspruch Lauriolle. Das Mitglied für Wirtschaft und Verkehr teilt mit, dass Lauriolle kein Beamter war und seiner Ansicht nach Anspruch auf Pension hat. Lauriolle habe vom Volkerbund aus Billigkeitsgründen eine Zahlung erhalten, die auf die Pensionsansprüche angerechnet werden könne. Dr. Obe sei über die tatsächliche Lage genau informiert. Die Direktion für Finanzen soll die Frage überprüfen. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst mit Ausnahme des Beschlusses zu Punkt 6.) I Vrn Weammän 7. 8.
Kein

128. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 10. Oktober 1947.

Anwesend: Alle Direktoren mit ausnae des erkraukten Direktors Di. Kindel Die Sitzung dauerte von 830 bis 105 Uhr Niederschrift des Verhandlungsergebnisses 1.) Haushalt des Landlags und Dräten der Abgeordneten. Der Direktor der Finanzen vertritt den Standpunkt, dass sowohl die Stellenbesetzung für das Buro des Landtags wie die Festsetzung der Diäten der Abgeordneten eine Angelegenheit des Landtags selbst ist. zu beachten sei jedoch, dass bei der Bemessung der Höhe der Diäten. bei dem geringen Umfang und der Haushaltslage des Saarlandes nicht dieselben Bezüge bezahlt werden. konnten wie in Frankreich. Steuerfreie Monatsdiäten in Höhe von 500.-\$4t halt er für tragbar. Die Verwaltungskommission schliesst sich diesem Standpunkt an. 2.) Übernahme der Gesamtkosten der

5. Ausschurückung der Stadt Homburg bei der Eröffnung der Unversität. Ein Zuschuss von 7500.-\$4t für die Stadt Homburg wird bewilligt. 3. Beamtenrechtliche Behandlung der Angehörigen des Saarbatarllous. Dr. Gerber soll ein Statut für das Saarbataillon entwerfen. Die Vorlage, soll durch die Direktion für Inneres gemacht werden. 4.) Übernahme. des Leiters des Gewerbeaufsichtsamts Dr. Marl Braun in das Beamtenverhältnis. Die Angelegenheit soll zurückgestellt. werden bis zur Bildung der neuen Regierung 5.) Vergütung von Lohnausfall für Le Arbeiter von gewerblichen Betrieben. Der Vorlage wurde mit folgender Massgabe zugestimmt. St Absatz 2 erhalt folgende Fassung: "Ouvermeid bare vorübergehende Arbeitsausfalle werden durch das Mitglied der Verwaltungskommission des Saarlandes für Arweit und Wohlfahr festgestellt. Zu S2 wurde folgende Erläuterung gegeben. es muss bei Beguim der Arbeit fest. stehen, ob ein Arbeitnehmer, vorüber

56 gehend" oder "dauernd" beschäftigt ist. §3 Absatz 2 erhält folgende Fassung. . für Arbeiter, die nach der Eintragung in ihrer Lohsteuerkarte, der Steuergruppe IV oder II angehören, 2 D w In §7 wird das Wort, unverzüglich ersetzt durch die Worte 112 Stnden" 6.) Einstellung Desterlein als Peuersüpernundrär. Die Personalkommission soll sich zunächst zu den von der Direktion der Finanzen erhobenen Einwendungen äussern. Dann soll die Ingelegenheit mit dieser Stellungnahme wieder der Verwaltungskommission zur Entscheidung vorgelegt werden. 7.) Bestellung eines Beamtenvertreters und dessen Stellvertreters für den technischen Ausschuss der Laudesversicherungsanstalt für das Saarland. Die Angelegenheit wird auf die Sitzung vom 17.10.1947 vertagt. Rest 8.) Vorläufige Verwendung-r. Leikeinburger beim Polizeireferat. Der vorläufigen Abordnung des ir. Likeinbürger zur Direktion des Ininern wird zugestimmt.

5. 9.) Gewährung einer Leistungszulage an den Leiter des Statistischen amtes. Der Gewährung einer Zulage ü. Höhe von 200.-S4 monatlich ab 1.4.1947 an den Leiter des Statistischen Amtes wird zugestimmt. 10.) Ernennung von Vorsitzenden und Besetzer für die Spruchkammer. Der Generalsekretär berichtet, dass infolge der Wahl des Rechtsanwalts Dr. Strauss und der Frau Rechtsanwalt Dr. Triest zu Abgeordneten ihre Betätigung in Spruchkammern in Frage gestellt ist. Es wird daher vorgeschlagen an Stelle von Dr. Strauss als Vorsitzender der Spruchkammer den Rechtsanwalt Dr. Otto Dietz, der als Beisitzer der Berufungskammer. ernannt ist, end an Stelle van Frau Dr. Puest, Rechtsanwalt Grur in Völklingen als Beisitzer der Berufungskammer zu ernennen. Ferner an, die Stelle von Dr. Dietz Arsector Peter Kossimann als Beisitzer der Berufungskammer. Diesen Ernennungen wurde zugestimmt. Fran Dr. Trest und Dr. Strauss sollen ihren Andragen entsprechend vom

Amt eines Vorsitzenden der Tpruchkammer bzw. eines Beisitzers der Spruchkammer entbunden werden. 11.) Rechtsanordnung zur Abänderung der Durchführungsbestimmungen zur Wahl der Gesetzgebenden Versammlung. Der Vorlage wird zugestimmt. Sie verlängert die Frist der zu Abgeordneten gewählten Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes zur Erklärung darüber, ob sie ihr Gehalt fortbeziehen oder die Iiaten als Abgeordnete beziehen wollen, bis zum 15.11.1947.) verlängert: 12.) Rechtsanordnung zum Schutze der Abgeordneten der Gesetzgebenden Versammlung des Saarlaudes. Der Vorlage wird zugestimmt. 13.) Ernennung des Assessors Peter Kossmann zum Notar in Merzig. Die Ernennung wird beschlossen. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. 8eng Ea Ab 8. Zteim II. ken

129. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 17.10.1947

Gegenwärtig: alle Direktoren mit Ausnahme des verheirateten Direktors Dr. Straus. Die Sitzung dauerte von 10-1130 Uhr Niederschrift des Verhandlungsergebnisses. Rechtsanordnung über die Landwirtschaftskammer für das Saarland. Der Vorlage wurde mit folgender Massgabe zugestimmt. In Artikel 3 werden als Absatz 2 die 2 letzten Sätze des Artikel 5 eingestellt in folgender Fassung: "Für die der Landwirtschaftskammer angeschlossenen Landwirtschaftsschulen wird ein Ausschuss (staatl. Kuratorium) von 5 Mitgliedern gebildet, von denen 2 Mitglieder von der Landwirtschaftskammer, 2 Mitglieder von der Direktion für öffentliche Erziehung und 1 Mitglied von der Direktion für Ernährung und Landwirtschaft ernannt werden. Dieser Ausschuss ist auch zu grundsätzlichen Fragen, welche die Landwirtschaftsschulen

60

betreffen, zu hören. Art. 2. Absatz 3 soll beginnen: Sie soll mitwirken bei der Organisation des Marktes.. Art. 5. endigt mit dem Satz: I. zu den Ausgaben für die landwirtschaftlichen Schulen zahlt das Land Zuschüsse. Die Rechtsanordnung erhält als Einleitung die von der Verwaltungskommission festgesetzte Einleitung., "Die Verwaltungskommission des Saarlandes hat in ihrer Sitzung vom.. folgende Rechtsanordnung beschlossen: Sitz der Landwirtschaftskammer soll die Stadt Saarbrücken werden. 2.) Beschäftigung des Amtsdirektors Hofmann im Büro des Landtags. Hohmann soll ab 1.11.1947 durch das Personalreferat in eine geeignete Stelle eingewiesen werden. 3.) Beförderung des Amtsrats Wahrheit zum Regierungsrat. Der Beförderung Wahrheits zum Regierungsrat ab 1.1.1948 wird zugestimmt. 4.) Angelegenheit Kurt Peschner. Peschner soll als Amtmann bei der Polizeischule in St. Ingbert beschäftigt werden.

5. Beförderung der Posträte Fahner und Ries zu Oberpoststraten. Der Direktor für Wirtschaft und Verkehr ist über die Angelegenheit nicht unterrichtet worden, sie wird daher von der Tagesordnung abgesetzt. 6.) Unterhaltsbeitrag gemäss §. 103 T0 UG. an die Witwe des verstorbenen Beamten. auf Widerruf Polizeioberwachtmeister Johann Josef Kreutzer. Der Direktor für Inneres ist über die Angelegenheit nicht unterrichtet worden, sie wird daher von der Tagesordnung abgesetzt. 7.) Rechtsanordnung über Diphtherieschutzimpfung. Der Vorlage wird mit der Massgabe zugestimmt, dass die Einleitung zu lauten hat wie durch früheren Beschluss der Verwaltungskommission festgesetzt und dass in Artikel 4 eine Strafdrohung eingefügt wird, durch die den Eltern oder Erziehungsberechtigten eine Geldstrafe bis zu 150.-\$4t oder Haftstrafe bei Nichtbefolgung der Anordnung angedroht wird. Der jetzige Art. V wird Art. I. 8.)

Dienstverhältnis der ehemaligen aus dem Gendarmeriedienst ausgeschiedenen Gendarmeriebeamten. Der Direktor der Finanzen ist aus

6r.

etatrechtlichen Gründen gegen eine frühzeitige Pensionierung der enrierten Gendarmerie- und Polizeibeamten. Eine Einstellung dieser epurierten Beamten in den Innendienst der Polizei sowie im Forst- und Zolldienst kommt leider kaum in Frage. Er schlägt eine wohlwollende Prüfung der Pensionsfähigkeit von Fall zu Fall vor. Der Direktor für VIII Wirtschaft und Verkehr weist darauf hin, dass es Pflicht der Behörde sei, sich der Leute anzunehmen. Da es eventuell möglich ist, dass im Rahmen einer Amnestie eine Wiederverwendung erfolgen konnte, soll die Angelegenheit bei der nächsten Besprechung beim Herrn Gouverneur am Dienstag, den 21.10.1947 auf die Tagesordnung gesetzt werden. 9.) Stellungnahme der Direktion für Justiz betreffend den Angestellten Wilhelm Arweiler. Die Erörterung der Angelegenheit wird bis zur Sitzung der Verwaltungskommission am Dienstag, den 21.10.1947 vertagt. Bis dahin sollen die Akten Arweiler (falls irgendwie möglich auch die Strafakten) vorgelegt werden. 10.) Einweihung der Polizeischule in St. Ingbert Die Kostenbeteiligung der Verwaltungskommission" soll zwischen der

65 Direktion des Innern und der für Finanzen geregelt werden. 11.) Rechtsanordnung über die Gemeinschaftsarbeit für den Weederanbau. Das vorliegende Gutachten der Justiz soll in Abschrift allen Direktoren zugänglich gemacht werden und die Angelegenheit in der Sitzung der Verw. Kommission am Dienstag, den 21.10.1947 verabschiedet werden. 12.) Bestellung eines Beamtenvertreter und eines Stellvertreters für den technischen Ansschuss der Landesversicherungsanstalt. Als Beamtenvertreter wird Oberregierungsrat Neuhäus, als sein Stellvertreter Regierungsrat Pureoen ernannt. Finanzlage der Gemeinden des Saarlandes, Auf Grund eines Schreibens des Landrats Saarlouis betr. die Streichung der Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden des Saarlames werden die Sachbearbeiter Regierungsdirektor Kihm (Kommunalreferat, und Oberinspektor Leistenschneider (Haushaltsreferat) gehört. Direktor Kihm referiert über die etatlichen Beziehungen zwischen Staat und Gemeinden. Er beklagt, dass die Staatszuschüsse an die Gemeinden in Heinem Verhältnis stehen zu den Ausgaben, die von den Gemeinden verlangt werden.

64

Das Defizit der Gemeinden beträge deshalb 9 4 1, 6 4 4,2 Millionen. Für 1947 hätten die Gemeinden keinerlei Aussicht, Staatszuwendungen zur Abdeckung der Defizite oder für neue.

Ausgaben zu erhalten. Auf der anderen Seite verlänge der Staat, dass die Gemeinden ihrerseits ihre finanziellen Verpflichtungen dem Staat gegenüber erfüllen. Die Zuschüsse für Strassenbau, für Schulen und das Fürsorgewesen, die vom Staat zu tragen waren, seien gestrichen worden. Ebenso die Zuschüsse an die Kreise für Strassen, Ortszufahrten, Ernährungs- und Wirtschaftsämter. Die Ausgaben für diese Kosten blieben die gleichen, sie erhöhten sich noch um die Ausgaben für die Wohnungsämter. Dies alles sei geschehen, trotzdem die Leistungen des Staates an die Gemeinden gesetzlich festgelegt seien. Man verlange von den Gemeinden den Aufbrauch ihrer Rücklagen. Das sei gefährlich. 5.7 Milliarden RM betrügen die Forderungen der Gemeinden des Saarlandes an das Reich. Diese seien aber sämtlich eingefroren. Der Sachbearbeiter des Haushaltsreferats führte hierzu aus, dass aus Haushaltsgründen nur 67. E der alten Zuweisungen den Gemeinden gegeben werden können.

6. Auf Anordnung der Militärregierung seien 70 Millionen des Etats gestrichen worden. Zuschüsse für Strassenausbau und Strassenunterhaltung seien nicht nötig, da sie in Augenblick wegen Materialschwierigkeiten nicht verbraucht werden konnten. Er hält es nicht für zweckmässig, die Festsetzung und Einziehung der Gewerbesteuer den Gemeinden zu überlassen, da in zerstörten Gemeinden naturgemäss ein höheres Steueraufkommen notwendig sein würde als in einzerstört gebliebenen Gemeinden. Im übrigen sei das Defizit der Gemeinden weit geringer als die Rücklagen. Beide Sachbearbeiter sind sich darüber einig, dass die von der Militärregierung vorgesehene Kürzung der Kredite, die von Paris aus bestimmt worden ist, abgeschwächt werden müsse. Die Militärregierung verlange eine sehr weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden, der einen Finanzausgleich zwischen Staats- und Gemeindehaushalt ausschliesst. Es sei daher unbedingt notwendig, dass die Anordnung auf breiter Basis erfolgt. Ausser den Direktionen des Innern und der Finanzen müssten die Landräte und das Landesamt Saar eingeschaltet werden. Der Vorsitzende schlägt vor die gesämte staatliche und steuerliche

6b

Neuordnung des Saarlandes auf der nächsten Besprechung beim Herrn Gouverneur am Dienstag, den 21.10. 1947 zu erörtern. 14.) Angelegenheit des Angestellten Scholz, Landesernährungsamts. Der Kündigung des Angestellten Scholz zum nächstmöglichen Termin wird zugestimmt. 15.) Schreiben der Militärregierung, betr. Kontrolle der Wohnungsbehörden durch das Gouvernement Militäre (OA TTR A Nr. 2377 vom 13.10.1947, Die Angelegenheit soll bei der Sitzung beim Herrn Gouverneur am Dienstag, den. 21.10.1947 besprochen werden. 16.) Dienstaufsichtsbeschwerden über Beschlüsse des Länderwohnungsamtes. Es besteht Übereinstimmung darüber, dass die Verwaltungskommission letzte Instanz für die Entscheidung von

Dienstaufsichtsbeschwerden ist. Es sollen ihr jedoch nur solche Beschwerden zur Entscheidung vorgelegt werden, in denen eine rechtliche unsächliche oder unkläre Entscheidung vorzuliegen scheint. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. (Erb end. hn Dmn

130. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 21. Oktober 1947

Anwesend: Alle Direktoren ausser dem verhinderten Direktor Grommes. und Dr. Straus. Die Sitzung dauerte von 1445. bis 1543 Uhr Niederschrift des Verhandlungsergebnisses. 1.) Rechtsanordnung über die Gemenischftsarbeit für den Wiederaufbau Die Erörterung wird zurückgestellt, um eine eingehende Prüfung zu ermöglichen. 2.) Rechtsanordnung betreffend Übertragung der Funktionen und Befugnisse zur Mharktregelung und Bewirtschaftung auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft. Die Erörterung wird zurückgestellt bis zur Sitzung am 28.10.1947. Bis dahin soll eine Stellungnahme der Justizdirektion und des saarländischen Bauernvereins herbeigeführt werden. 3.) Besetzung der Stelle des Verwaltungsvorstehers in Siersburg. Die Verwaltungskommission nimmt. von dem Bericht des Direktors des Innern Kenntnis.

6s

4) Entscheidung über den Antrag der Direktion für Finanzen betr. Entlassung des Reg. Vermessungsassessors Lambrecht aus dem saarländischen Katasterdienst. Die Erörterung wird zurückgestellt bis zur Anwesenheit des Direktors der Finanzen in der nächsten Sitzung der Verw. Kom. 5.) Zahlung von Dienstbezügen an angestellte für die Zeit ihrer Enhaftierung durch die Militärregierung. Der Vorlage wird zugestimmt. 6.) Rechtsanordnung über den Rechtszustand in den am 24.6.1947 an das Saarland angegliederten Gemeinden. Der Vorlage wird zugestimmt. 7.) Antrag der Direktion für Arbeit und Wohlfahrt auf Einstellung des Dr. med. Heinrich Rock als Volonrararzt beim Landeskrankenhaus Homburg. Der vorgeschlagenen Einstellung wird zugestimmt. 8.) Endgültige Ernennung der im Saarland eingesetzten kommissärischen Schulräte. Die Erörterung wird zurückgestellt. bis zur Rückkehr des Direktors für öffentliche Eerziehung. 9. Gnadensachen. Den von dem Gnadenreferenten vorgeschlagenen nachstehenden Gnadenerweisen wird zugestimmt in folgenden Strafsachen:

59 Degen Diebstahl Otto, Dudweiler, 1.) Kirsch Dieebstahl Lobert, Saarbrücken, 2.) Woll Zoll. n. SteuerhürTheo, Priünstal, 3. Gehlen terzehung BandenschunggelVeoisenu. Passvergehen wegen Kordverzuch, Neunkirchen, Georg 7. Schlöser Diebstahl AterLungest, Homburg, 5.) Weber schlägung. Diebstahl, Hana, Eilenburg Sa6. Stollberg. mititärischetraftat Bous Georg 7.) Pohl (Straftilgung wegen Diebstahl. Einungg, Wiebelskerchen, 8.) Mathien Diesstahl. Lebach. Alois, 9.) Radke Diebstahl. Rohrbach 10.) Müller NikolanBebstahl. Wadgassen Richan, 1.) Berg Betrig. Neunkirchen Peter 12) Franz Diebstahl Läutzkirchen Käthe 13.) Brücker ze8.

SchwärWiderstandgegen Friedr. u. Ehufran Elversberg 14.) Engedie Staatsgewält und Korpe-
verletzung Diebstahl, Ründen. Nikolans Schafthauer 15.) Dries Einbeuchdiebstah udweiler
Ednun 16.) Leronk Diebstahl Tiesbach 17.) Hahn Maria18.) Mannlein Werner, Strafanstalt
Saarbrücken- sehwa Diebstahl Diebstahl Saarbrücken 19.) Wertz: Albert, Diebstahl 20.) Hen-
richs Albert, Heimtz "Diebstahl 21.) Bernhard Johann, Saarbrücken "Abtreibung 22) Zenitz
Irma ges Lehman Tiedweiler Diebstahl 23.) Lelle Ernst, Keinnungen, "unzureffende 24) Omlor
Wilhelm, Heckenwalhein Milechasgabe Einbruchs dieb4.) Ruppert Lnswig, Saarbrücken. stahl
10.)

7o.

10.) Rechtsanordnung betreffend erweiterte Anwendung des § b8 Absatz 2. 00 U. Die Justiz-
direktion soll die Vorlage nochmals im Zusammenhang mit den Bestimmungen der Wennärer
Verfassung über die Unabhängigkeit der Richter überprüfen. 11.) Verordnung zur Abänderung
des Anhangs Dr. 2 zur Verorrnung über die Betriebsräte im Saarland vom 1.8.1947. Es wurde
vorgetragen. Die Hinausschiebung des Termins für den Eindpunkt der Wahlen mit der Mass-
gabe, dass in den nächsten 2 Monaien nicht gewählt wird, erscheint notwendig, damit die neu-
gegründete christliche Gewerkschaft die Betriebsrätewahlen vorbereiten kann. Das Mitglied
für Arbeit und Wohlfahr erhebt Bedenken, weil alle Massnahmen. zur Durchführung der Wahl
in den nachsten 3 Wochen bereits getroffen sind, weil der Erlass der Vorschrift auf einem Kon-
trollratgesetz beruht und eine weitere Hürausschiebung der Wahlen, die n den übrigen Zonen
schon lange durchgeführt sind, den sozialen Frieden storen könne. Es wird beschlossen, die
Erörterung der Angelegenheit bis zum 24.10.1947.

zi zu vertagen, dammt zwischenzeitig mit dem Herrn Gouverneur verhandelt und die Frage mit
den politischen Parteien besprochen werden kann. Die Beschlüsse wurden eidtienung gefasst.
Ulue V. (Irdn. Zin Fauptern hmmm

13. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 24. Oktober 1947.

Anwesend: Alle Direktoren, ausser dem erkrankten Direktor für Arbeit und Wohlfahrt und dem verhandelten Direktor für Justiz. Den Vorsitz führte Herr Direktor Grommes. Die Sitzung dauerte von 9:35 bis 10:5 Uhr Niederschrift des Verhandlungsergebnisses. 1.) Angelegenheit des Angestellten Scholz der Direktion für Ernährung und Landwirtschaft. Dem Angestellten Scholz wird im Auftrag der Verwaltungskommission zum 31.12.47 gekündigt. 2.) Entscheidung über den Antrag der Direktion für Finanzen betr. Entlassung des Regierungsvermessungsassessors Lambrecht aus dem saarländischen Katasterdienst. Es soll darauf hingewirkt werden, dass Assessor Lambrecht baldmöglichst eine Wohnung in St. Wendel zugewiesen erhält. Falls eine Zuweisung nicht erfolgen kann, soll Lambrecht fiergegeben werden,

72 Das Mitglied für Finanzen macht in diesem Zusammenhang auf den Erlass der Militärregierung vom 14.10.1947 aufmerksam, welcher bestimmt, dass die saarländischen Beamten nur auf Widerruf ernannt seien. Es habe dies eine tiefe Beunruhigung unter den Beamten hervorgerufen. Eine Anzahl unbelasteter Beamten trügen sich bereits mit dem Gedanken im Heublick hierauf, sich von anderen Ländern übernehmen zu lassen. 3.) Endgültige Ernennung der im Saarland eingesetzten kommissarischen Schulräte. Der Vorlage wird mit der Massgabe zugestimmt, dass die Ernennung mit Wirkung vom 1.4.1947 erfolgt. Ein Mitglied beantragt Vertagung des Vorschläges um 14 Tage. Die Beschlussfassung erfolgt mit allen gegen seine Stimme. 4.) Verordnung zur Wbänderung des Anhangs 25 2 zur Verordnung über die Betriebsräte im Saarland vom 1.8.1947. Die Erörterung wird zurückgestellt, da der Vorsitzende und das Mitglied für Arbeit und Wohlfahrt nicht zugegen sind. 5.) Erlass betreffend die einkommensteuerliche (lohnsteuerliche) Regelung der Weihnachtsgeldern und Neujahrszuwendungen

93 Der Vorlage wird zugestimmt. 6.) Polizeifragen. a Weiterverwendung des Gendarmeriedirektors Heese. Das Personalreferat soll bis zur nächsten Sitzung Vorschläge über die weitere Verwendung Heeses machen. Es ist dabei ins Auge gefasst, dass Heese eotl innerhalb des Amtes für Preisbildung und Wirtschaftskontrolle beschäftigt wird. 8.) Polizeiverordnung betreffend Meldung der Ausländer durch ihre Anfertiger. Der Polizeiverordnung wird zugestimmt. 7.) Ausführungsbestimmung zur Verordnung über die Einziehung der im Epurationsverfahren verhängten Geldstrafen. Die Verwaltungskommission stimmt den von der Finanzdirektion vorgeschlagenen rein redaktionellen Änderungen der bereits genehmigten Ausführungsbestimmungen zu. 8.) Erlass einer Rechtsanordnung über die Freifahrt der Abgeordneten der Gesetzgebenden Versammlung des Saarlandes auf den öffentlichen Verkehrsmitteln des Saarlandes. Der Vorlage wird zugestimmt. 9.) Weiterbeschäftigung des Verwaltungs

It vorstehers Hofimann aus Püttlingen. Das Personalreferat wird angewiesen, die Einweisung des Hofmann in eine Panstelle von TOA IV vorzunehmen. 10.) Landwirtschaftsschulen. Das Mitglied für öffentliche Erziehung nimmt für sich in Anspruch, dass Entscheidungen über die Berufung, Versetzung, ontlassung der Lehrkräfte, die Gestaltung des Lehrplaus, die Auswahl der Lehrbücher und die Kontrolle des Unterrichts der Lauhwirtschaftsschulen seiner zuständigkeit miterliegen. Die Angelegenheit soll noch emmal von den Direktoren für Ernährung und Landwirtschaft: und für öffentliche Erziehung mit dem Vorsitzenden des saarländischen Bauernvereins erortert werden. 11.) Einstellung Brizius. Der Leiter des Bodemwirtschaftsamtes hat die Notwendigkeit der Einstellung des Herrn Brikeiuis näher begrundet. Er soll darauf hingewiesen werden, dass alle Vorlagen des Bodemwirtschaftsamtes an die Verwaltungskommission durch das Mitglied für Ernährung und Landwirtschaft erfolgen müssen.

78

Die Beschlüsse wurden mit Ausnahme des Beschlusses zu Punkt 3 einstimmig gefasst. (ir de. Komm. Be Jan wu Vr

132. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 28.10.1947.

Anwesend: Alle Direktoren. Die Sitzung dauerte von 8 bis 9 45 Uhr. 1. Vorbereitung der Tagesordnung für die Desprechung beim Herrn Gouverneur am Dienstag, den 4.11.1947. Die Frage der Ernährung namentlich der Kartoffelversorgung soll auf die Tagesordnung gesetzt werden. Das Mitglied für Wirtschaft und Verkehr regt an zu erwägen ob nicht auf dem Kompensationswege Kohlenlieferung an Stahlwerke, Stahllieferung an die Schweiz der Not gesteuert werden könne. 2.) Angelegenheit betreffend den Angestellten Arweiler. Die Erörterung wird zurückgestellt, da das 2. te Grtachten von der Justizdirektion noch nicht vorliegt. 3. Gnadensachen. In nachstehenden Gnadensachen wurde dem Vorschlag des Gnadenreferenten zugestimmt. 1.) Wichelm Bleiy, Dieflen, Forstdiebstahl i. Widerstand 2.) Albert Knoblauch Leopoldstal, Horpervertetzung

77

3.) hattias Schumbel, Saarloeins, Ttraftilgungssache, 4.) Karl Heinz Reinersch, Hühnerfeld, Urkundenfalschen. 5.) Arnold Otto Lang, Tegelsberg, Misshandlung, Betrig. 6.) Luwir Enirin, Saarbrücken, Erpressung un. Verleundung., 7.) Hoffssretter Johan, Sutzbach, Einbenchdiebstahl 7. Nikolay nichel Friedrichsthal, Forstdiebstahl. 9.) Schuster Jakob, Bübingen, Iriegswirtschaftsverhrecken 10.) Lingraf Heinrieh, Neufechungen. 11) Tobi Otto, Homburg, Betrig 9.) Anordnung zur Ergänzung der Rechtsanordnung über die Errichtung des Landesstock für Aufgaben des Arbeitsmarktes vom 25.5.1947. Das Mitglied für Arbeit und Wohlfahrt. erläutert die Vorlage. Durch diese soll es möglich gemacht werden 5 Millionen S11 aus dem Landesstock zur Verfügung zu stellen, damit an die Arbeitnehmer der Privatwirtschaft Familienzulagen gezahlt werden können und so eine einheitliche Regelung auf diesem Gebiet eintritt. Im Bergbau, bei Eisenbahn und Post werden bereits diese zulagen bezahlt. Künftig sollen die Arbeitgeber durch erhöhte Beiträge die Kosten dieser Familienzulage aufbringen und zwar soll die erhöhte Beitragspflicht ab November beginnen. Die Heranziehung der 5 Millionen wird für notwendig 7§ erachtet, da eine gewisse Zeit vergeht. bis die Erhöhung durchgeführt ist. Das Mitglied für Finanzen erhebt grundsätzliche Bedenken, da der Landesstock für Aufgaben der Arbeitslosenversorgung geschaf. fen worden sei und zur Forderung von Arbeiten. Die Gelder könnten nicht dazu verwendet werden danit Privatarbeitgeber. eine Familienzulage ihren Arbeitern geben könnten. Der Verwaltungsrat des Landesstocks müsse zunächst gehört werden. Dem wird entgegen gehalten, dass durch den Vorschlag die Rechtsgrundlage für eine Bewilligungsmöglich-

kert durch den Verwaltungsrat geschaffen werden soll. Bemerkt wird noch, dass die Sozialversicherungen alle geit send fundiert), abgesehen von der Hüttenknaggeschaft die hierzu wie vorgesehen 1 Million S41. aus dem Landesstock erhalten soll. Nach eingehender Erörterung wurde einstimmig beschlossen der Vorlage zuzustimmen mit der Massgabe, dass in § I der Vorlage hinter dem Wort, "Familienzulagen" die Worte eingeschaltet werden " bis zum 30. November 1947" 5.) Verordnung zur Abänderung des Anhangs 2 zur Verordnung über die Betriebsräte in Saarland vom 1.8.1947. Die Vorlage wird zurückgezogen.

79

Dem Parlament soll vorbehalten bleiben ein Gesetz zu schaffen, das neue Wahlen für die Betriebsräte festsetzt, unter Berücksichtigung des Ergebnisses der zu erwartenden Amnestie. 6.) Anordnung über Preise und Forteneuteilung für Pflanzkartoffeln der Ernte 1947 Der Vorlage wird zugestimmt. 7.) Erlass über die Bildung eines Cuterstützungsfonds bei den Kreisversicherungsanstalten. Der Vorlage wird zugestimmt. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. gawöseeir)(Udr Zim Eosiuime. kusion. (imH

Beratung teilzunehmen. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Danprshur (orter d Seml
Ersennuneg. Inmin

134. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 4. 11.1947.

Anwesend: Alle Direktoren, ausser dem verhinderten Direktor für Justiz Den Vorsitz führte der Direktor für Finanzen. Die Sitzung dauerte von 9.55. bis 11.50 Uhr. Niederschrift des Verhandlungsergebnisses. 1. Unterbringung der Kataster- und Vermessungsverwaltung Das Mitglied für Finanzen trägt vor Entgegen dem Beschluss der Verwaltungskommission aus ihrer 105. Sitzung vom 11.7.1947.) wurde die Kataster- und Vermessungsverwaltung aus ihren bisherigen Büros, Genferstr. 2. zugunsten des Staatskommissariats für den Wiederaufbau ausgewiesen und in Baracken untergebracht Der Leiter der Kataster- und Vermessungsverwaltung hat seiner Zeit darauf hingewiesen, dass das wertvolle Parierkarten- und Vermessungsmaterial durch die Unterbenignung in einer feuchten, schlecht heizbaren Baracke Schaden leidet. Dieser Zustand ist jetzt eingetreten. Die Verwaltungskommission

8.7 beauftragt das Generalsekretariat den Sachverhalt der Militärregierung mitzuteilen und sie zu bitten, die Katasterverwaltung wieder in ihre alten Räume einzuweisen. 2.) Angelegenheit des angestellten Wilhehr Arneiler. Die Angelegenheit wird zurückgestellt. bis zur Anwesenheit des Vorsitzenden. 3.) Verordnung über die Ausdehnung der Versicherungspflicht und Versicherungsberechtigung in der Kranken- und knappschaftlichen Versicherung. Der Vorlage wird zugestimmt. 4.) Verordnung zur Abänderung der Verordnung N3. 1 über die Umwandlung der Träger der Sozialversicherung vom 26.6.1947. Der Vorlage wird zugestimmt. 5.) Zuständigkeit des Landeswohnungsamts Saarbrücken bezüglich zuweisung einer Wohnung an Herrn Assessor Weber. Die Justizdirektion soll ein juristisches Gutachten zu dem ganzen Fragenkomplex erstatten und zu dem vorliegenden Fall Stellung nehmen. 6.) Wohnungssache Nusspickel-Hartung gegen Kohler: Die Verwaltungskommission heisst den Beschluss des Landeswohnungsamtes

85

aut, nach dem die Wohnung Nusspickel Hartung für Kohler freigemacht werden muss und Nusspickel-Hartung die Mansardenräume zugewiesen werden. 7.) Wiederzulassung des Dr. Resch als Rechtsanwalt. Die Angelegenheit wird zurückgestellt. bis zur Anwesenheit des Direktors für Justiz. 8.) Erweiterte Anwendung des § b8 Absatz 2.33G. Wird zurückgestellt bis zur Anwesenheit des Direktors für Justiz 9.) Einstellung des Reg. Vermessungsrats Brikuis bei der Landeskulturverwaltung des Saarlandes. Der Einstellung wird zugestimmt. 10.) Einstellung des Amtsgerichtsrats Best. Der Einstellung wird zugestimmt. 11.) Polizeifragen. Unterbringung des Gendanmenedirektors Heese. Die Direktion des Innern wird in einem Schreiben an die

Militärregierung mitteilen, dass Heese gemäss dem Wunsch der Militärregierung vorläufig (mit Viehalt) beurlaubt wird und dass die Verwaltungskommission beabsichtigt, ihn bei dem Amt für Wirtschaftskontrolle und Preisbildung entsprechen

55 einzustellen. Falls dieser Vorschlag von der Militärregierung nicht akzeptiert werden sollte, soll eine besondere Stelle geschaffen werden, in die Heese Lingewiesen werden kann. 12.) Rechtsauordnung über die Gemeinschaftsarbeit für den Wiederaufbau. Die Beschlussfassung wird vertagt, die Mitglieder der Verw. Kommission werden die Angelegenheit zunächst gründlich prüfen. 13.) Einreiseerlaubnis nach Lupeuberg. Der Herr Gouverneur hat mitgeteilt, dass der Antragsteller sich an den Inkensbürgischen Konsul wenden soll. Es handelt sich um eine rein persönliche Angelegenheit. Die Angelegenheit wird daher von der Tagesordnung abgesetzt. 14.) Wohnungsangelegenheit Senatspräsident Manderscheid-Sidenbruch. Es soll zunächst verweigert werden für Manderscheid die Wohnung Wahlster am Rotenbühlerweg frei zu bekommen. Von einer Zuweisung der Wohnung Olenbruch soll aus Gründen der politischen Wiedergutmachung Abstand genommen werden. 15.) Wohnungssache Dr. Gerber -Tetzlaw.

Das Wohnungsamt der Stadt Saarbrücken hat in einer Verfügung die Zuweisung einer in der Mär-Braun-Strasse befindlichen Wohnung an die Eheleute Retzlaw die 2 Kinder haben und von denen die Frau eine Ärztin ist "annuliert" und die Wohnung dem Polizeiverwaltungsdirektor Dr. Gerber zugewiesen der vor seiner Verheiratung steht und mit seinen Eltern zusammen wohnen möchte, aber zurzeit noch über eine Wohnung in Inerschied verfügt und über 1 möbliertes Zimmer in Saarbrücken. Die Verwaltungskommission beschliesst 1) der Beschluss des städtischen Wohnungsamtes -Sachbearbeiter Dr. Helmswird als unzulässig aufgehoben, 2.) bis zur endgültigen Entscheidung durch die Verwaltungskommission wird die Wohnung weder Dr. Gerber noch den Eheleuten Retzlaw zugewiesen. 3.) der Bürgermeister der Stadt Saarbrücken wird zum Bericht über die Wohnungssache Dr. Gerber- Retzlaw und namentlich auch über die eigenartige Entscheidung des Sachbearbeiters aufgefordert. Die Verwaltungskommission vertritt den Standpunkt, dass eine nach

55 geordnete Behörde eine Entscheidung der vorgesetzten Behörde niemals aufheben kann. Nur die Verw. Kommission hätte die Entscheidung des Landeswohnungsamtes aufheben können. Eine solche Dienstaufsichtsbeschwerde, hat keine aufschiebende Wirkung. 16.) Kartoffelabgabe. Der Direktor für Ernährung und Landwirtschaft, berichtet über die ausserordentlichen Schwierigkeiten der Kartoffelablieferung durchzuführen, Statt 50000.. können nur 25000 I abgeliefert werden. Bis jetzt sind jedoch erst 8 138, 51 abgeliefert worden. Um das vorgeschriebene Ansehen zu erreichen muss erzwungen werden, dass die Bauern ihre vorräthigen

Kartoffeln abliefern, gestaffelt nach Landbesitz, gleichgültig ob es sich um Saat. oder Selbstversorgerkartoffeln handelt. Bei einem Landbesitz von 1 ha müssen 40 % der ursprünglich vorgesehenen Mengen, bei über 1 ha 60 % der vorgesehenen Mengen abgeliefert werden. Die Angelegenheit soll vor der Durchführung dem Herrn Gouverneur vorgetragen werden. 17.)

99

17.) Entwurf einer Rechtsanordnung betr. Zahlung von Dienstbezügen an die Familien der Kriegsgefangenen und vermissten Angestellten und Lohnempfänger des öffentlichen Dienstes. Die Rechtsanordnung wird angenommen mit der Massgabe, dass die Dienstbezüge für Beamte ab 1.4.1947 zu zahlen sind, wogegen die Wohlfahrtsbezüge ab 1.10.1946 laufen. 18.) Antrag des Staatskommissars für die politische Säuberung auf: 1.) Beschaffung von Büromobeln. Die Materialbeschaffungsstelle (ORR. Dr. Neuhaus) soll das Erforderliche veranlassen. Der Antrag des Staatskommissärs wird ringend befürwortet. 2.) Zuteilung eines Personenkraftwagens. Das Verkehrsreferat soll Mitteilung machen über den Stand der Angelegenheit. 3.) Bestellung eines Mitarbeiters für den Staatskommissär wird zurückgestellt bis zur Anwesenheit des Vorsitzenden. 4. Umittelbare Unterstellung des Epieratioursreferats. Das Personalreferat soll hierzu 70 Stellung nehmen. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Faug D Zuh Km. hr in CAddr Eommun.

135. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 14.11.1947.

Gegenwärtig: Alle Direktoren mit Ausnahme des erkrankten Vorsitzenden und des beurlaubten Direktors für öffentliche Erziehung. Den Vorsitz übernahm das Mitglied für Finanzen Dauer der Sitzung von 7.11U. Uhr. Sie wurde in der Wohnung des ebenfalls erkrankten Direktors Kirn abgehalten. Niederschrift des Verhandlungsergebnisses 1.) Stellung der als Abgeordnete gewählten. Beamten. Es wurde festgestellt, dass die Beamten während der Dauer ihres Mandats auf Antrag als zunächst für 1 Jahr beurlaubt zu gelten haben. 2. Gnadensachen. Die nachstehenden 11 Gnadensachen wurden entsprechend dem Antrag des Unadenreferenten entschieden: 4) Johann Georg Siebert, Schwetzingen wegen Preisstrafrechts Verodeng. 2.) 7or. Kembügler, Saarbrücken EintruchsBesstahl

3.) Julenis Saueriwen, Kohu wegen Urkundenfälschung und Uüterschlagung. 7. Deter Biller, Saarbrücken ungen Enachmeeizenchioen Landungen, Enbenchsdebstahl, 5.) Klaus Reinsbach Billiungen: 6) Emil. Schieder, Neunkirchen,- Einbrüchsdebstalt Einbruchsdiebstalt 7.) Schäfer. Ruwolf, Saarbrücken 8.) Reichrath Franz, Fraukfurt, 11 Straftilgungssache, Eepressung, Diebstahl, Betrug, Tittlichkeitsverbe. 9.) Siegwart Dw. Maria Lauterbach Nichtablieferung von Milch, 1.) Heinen Müikolans Mettlach Diebstahl, 11.) Warken Therese, Saarwelliungen, Milchfälschung 3.) Rückführung des Angestellten Wilhelm Arwerler in das Beamtenverhältnis. Die Erörterung wurde bis zur Rückkehr des Vorsitzenden vertagt. 4.) Wiederzulassung des Rechtsanwalts Dr. Rlesch, Saarlouis 5.) Erweiterte Anwendung des § 68, Abs. 2304. Die Erörterung der Punkte 4 und 5 wurde bis zur Anwesenheit des Mitglieds für Justizvertagt. 6.) Versetzung des Dr. Wemägr in den Rehertrand Dem Antrag der Direktion für Arbeit und Wohlfahrt wurde zugestimmt. 7.) Ernennung des Oberinspektors Karl Dierks zum Regierungsrat. Der Antrag wurde zurückgestellt bis zur Bildung der neuen Regierung.

8.) Übernahme der Fran Dr. med. Hoffmann als assistenzärztin. Dem Antrag der Direktion für Arbeit und Wohlfahrt wurde zugestimmt. Die Besoldung soll nach TOA III erfolgen. 9.) Beurlaubung des Leiters der Kriegssachschaden-Feststellungsbehörde in St. Ingbert. Dem Antrag der Direktion des Innern, den inzwischen von der bayr. Regierung als Staatssekretär übernommenen Dr. Grieser einstweilen zu beurlauben, wird. zugestimmt. 10.) Einstellung des Dr. Bahel als Leiter des Amtes für Preisbildung und Wirtschaftskontrolle, Saarlouis. Der Einstellung wird zugestimmt. Die Besoldung soll nach TO.A DI erfolgen. 11.) Beförderung des Regierungs-Amtmanns Poppel zum Regierungsrat. Die Erörterung wird zurückgestellt bis zur Bildung der neuen Regierung. 12.) Wiederbeschäftigung des Reg. Vermessungsrats Efferm im Beamtenver-

hältnis entsprechend dem Epurationsbescheid. Dem Antrag des Personalreferats wird zugestimmt. 13.) Rechtsanordnung über die Erstattung der Auslagen bei Beschäftigung. ausserhalb des Wohnorts.

t. Der Entwurf soll einer Nachprüfung durch das Mitglied für Finanzen unterzogen und zu § 2 ein neuer Vorschlag gemacht werden, welcher die Vergütung der Fahrdauer zwischen Wohnort und Dienstort begründet. 14.) Einstellung des Dipel. Ing. Fritz Wross beim Oberbergamt Saarbrücken. Der Einstellung wird zugestimmt, vorbehaltlich des Eprurationsbescheides. 15.) Bekanntgabe der Mitglieder des Berrats bei der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene als Saarlandes gemäss dem von der Verw. Kommission in der 100. Sitzung vom 22.7.1947 unter Ziffer 2. gefassten Beschlüssen den Ernennungen wird zugestimmt. 16.) Beförderung der Posträte Fahuer und Ries zu Oberposträten. Die Erörterung wird zurückgestellt bis zur Bildung der neuen Regierung. 17.) Ernennung des Studienrats Walter Abegg zum Oberstudiendirektor. Die Ernennung wird zurückgestellt. bis zur Rückkehr des Mitglieds für öffentliche Erziehung. 18.) Antrag des Ewald Schneider aus Neunkirchen auf Bewilligung von Waisengeld für seine Geschwister Taul und Aag dalene Schueider Das Wasengeld wird antragsgemäss

93.) bewilligt bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres Alsdann muss ein neuer Antrag gestellt werden. 19.) Antrag auf Unterhaltsbeitrag an die Witwe des Polizei-Oberwachtmeistersfohau Joaf Kreutzer. Dem Antrag wird zugestimmt bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres. Alsdan muss ein neuer Antrag gestellt. werden.e zeenn 20.) Antrag. des Dr. med. Ernst Harland als Vertrauensarzt. bei der Landesversicherungsanstalt. Dem antrag der Direktion für Arbeit und wohlfahrt wird zugestimmt. 21.) Erlass über die Bestimmung einer Abrechnungsstelle in Wechser- und Schrekverkehr. Dem von der Direktion der Finanzen vorgeschlagenen Erlass wird zugestimmt. 22) Erreichtung eines Erziehungsheims für schulentlassene Inaben im Saarlan. Dem Antrag wird grundsätzlich zugestimmt. Die Mittel können jedoch erst. bewilligt werden wenn die Eigentnisverhältnisse des als Erziehungsheim in Aussicht genommenen Grundstücke klargestellt sind. 23.) Richtsanordnung über die Zuständigkeit zur Marktregelung und Bewirtschaftung

26 auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft Der Vorlage, die der Direktion für Justizzur Begutachtung vorgelegen hat, wird zugestimmt. 24.) Ernennung der Angestellten Ferdinand Bungart, Dr. Ednund Leib und assessor Weber zum Regierungsrat. Die Verwaltungskommission hat über diesen Antrag in ihrer Sitzung vom 7. Oktober 1947 Ziffer 2t bereits entschie-

den. Es verbleibt bei diesem Beschluss 25.) Rechtsanordnung über die Verwaltung der Verbrauchssteuern im Saarland. Der Vorlage wird zugestimmt. 26.) Verordnung über die Errichtung des saarländischen Tabak- und Zuhölzwerkpolys Die Erörterung wird vertagt. Die Angelegenheit soll in der nächsten Sitzung beim Herrn Gouverneur erörtert werden. Wegen ihrer Wichtigkeit wird es für angebracht gehalten, dass die Verordnung dem Saarländischen Parlament vorgelegt wird. 27.) Kreditgewährung an die Siena Feinmechanik. 2.G., Homburg. Der Direktor der Finanzen trägt vor dass es im Interesse des Verbleibens der Steuerkraft dieses Werkes im Saarland notwendig ist, dass der beantragte

Kredit von 10.450.000- Mark von der Verw. Kommission übernommen wird. Über den Antrag muss raschenstens entschieden werden, da sonst eine Verlegung des Unternehmens ausserhalb des Saarlandes zu erwarten steht. Das Mitglied für Wirtschaft und Verkehr beantragt Vertagung unter Hinweis darauf, dass er der Vertreter der stärksten Partei des Saarlandes ist. Es erklärte, die Verantwortung für die Folgen einer Vertagung zu übernehmen. Dem Vertagungsantrag wurde Sarauf zugestimmt. 28.) Tagesordnung für die Besprechung beim Herrn Gouverneur am 18.11.1947: Als Besprechungspunkte werden bezeichnet: 1) Errichtung eines Tabak- und Zuhölz-Werkpolys. 2.) Ernährungslage des Saarlandes, namentlich hinsichtlich der Kartoffelversorgung und Möglichkeit der Beschaffung von Lebensmitteln auf dem Kompensationswege. 3.) Folgen der Überleitung des Saarlandes in das französische Wirtschaftsgebiet, automatische Einführung der Sarife, Steuergesetze usw. Die zuständigen Direktoren werden. die Berichterstattung übernehmen. 29.) Antrag des Rechtsanwalts Charles Leoy wegen Errichtung der Stiftung der

Elektro-Montagebau-Gesellschaft G..X.V. in Saarbrücken. Die Stiftung wird genehmigt. 30.) Freigabe von 2 Zimmern des Verwaltungsangestellten Esser: Der beauftragten Freigabe wird zugestimmt. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Vermme reug er kmn Eine

136. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 18.11.1947

Gegenwärtig: alle Direktoren ausser den erkrankten Vorsitzenden und Sembeurlaubten Direktor für öffentl. Erziehung. Den Vorsitz führte der Direktor der Frarzen. Dauer der Sitzung von 9-1300 Uhr Niederschrift des Verhandlungsergebnisses. 1. Bestellung eines Mitarbeiters des Staatskommissärs für die politische Säuberung Die Erörterung wird zurückgestellt. bis zum Erlass der zu erwartenden Amnestie. Der Generalsekretär bringt zur Sprache, dass der Staatskommissär weiter beantragt hat, eine Vergütung für die Vorsitzenden des Untersuchungs Ausschusses zu bestimmen. Die Verw Kommission halt es für angebracht, diesen Antrag bis zum gleichen Zeitpunkt zurückzu. stellen. 2.) Gewährung eines einmaligen Zuschusses zu den Ausgaben des Finfonie Prchesters in Nennkirchen. Die Verw. Kommission bewilligt einen 2 einmaligen Zuschuss in Höhe von 5000.-Mark. 3.) Unadensachen. Die nachstehenden Anträge in Guadensachen werden nach dem Vorschlag des Gnadenreferenten entschieden. "Daoid Anueliese, Sutzbach wegen Diebstahl, Biganne, BLandschuender willin, Homburglhüller Jakob, Saarbrücken Blutschände, Belliwium fohauna, Bierbach -Beleidigung PPersch Maria, Wennetsweiler- Milchfälschung Kknaul Jakob, Saarbrücken" -Diebstahl. 4.) Errichtung eines Sabakonopols im Saarland. Die Oberregierungsräte Huthmacher und Dr. Neuhaus berichten über die Folgen dieses Monspols und über die Mangel der festgesetzten Verkaufspreise, die ohne Anhörung der Dreiervertretung und der Verw. Kommission festgesetzt worden sind. Vorstellungen bei der Militärregierung sollen dieserhalb erhoben werden. 5.) Kreditgewährung an die Feinmechank 2. G. in Homburg. Die Erörterung wird vertagt bis zur Rückkehr des Vorsitzenden: 6.) Übernahme des Staatsauwalts Dr. Schmitzin den saarländischen Justizdienst. Der Übernahme wird zugestimmt. 7.) Erfassung der Währungsgewinne. Die Verwartungskommission schliesst sich der Anffassung des Direktors der Finanzen

10

au, dass es zweckmässig erscheint, die Währungsgewinne bei der alleemeinen stenerliehen Veranlagung zu erfassen, da die Geschäfte für die Weederbeschaffung der Dare Mittel benötigen. Das Mitglied der Finanzen teilt in diesem Zusammenhang mit, dass eine Steuerstundung nötig ist, da der künftig geltende französische Steuertärit noch nicht bekannt ist. Es schlägt eine 40 E ige Stundung bis zum Bekanntwerden dieses Tarifs vor. Diese Auffassung wird gebilligt. 8.) Auflösung der Landeszentralbauk Saarbrücken. Das Mitglied der Finanzen gibt der Verw. Kommission bekannt, dass durch die Verordnung des Generals Koig 15.127 vom 16.11.1947 über den Ausschluss des Saarlandes von der Anwendung der Verordnung 45 48 vom 28.2.1947

welche für jedes Land der Zone française die Errichtung einer Landeszentralbank vorschreibt, die letztere Verordnung ihre Geltung für das Saarland verloren hat. Durch die Verordnung ist weiter bestimmt, dass das Vermögen, die Rechte und die Verbindlichkeiten der Landeszentralbank von der saarländischen

2. Rediskontbank übernommen werden und dass sie die Nachfolge dieses Instituts übernimmt. Die Verw. Kommission hält es in Interesse der saarländischen Bevölkerung für wünschenswert, dass die zukünftige Regierung des Saarlandes in der Geschäftsführung und Verwaltung der Rediskontbank mitbestimmend vertreten ist. Sie beschliesst folgendes: Nachdem die rechtlichen (Verordnung Nr. 7s des Generals König vom 18.2.1947) und die materiellen (Verordnung der Verw. Kommission vom 28.2.1947-Amtsblatt der Verw. Kommission 10 12 vom 13.3.1947) Grundlagen der Errichtung der Zentralbank weggefallen sind, hat die Landeszentralbank mit Wirkung vom 20.11.1947 ab ihre Tätigkeit einzustellen. Mit der Abwicklung der Geschäfte wird der bisherige Direktor der Landeszentralbank Eisner, beauftragt. Mit der Durchführung dieses Beschlusses wird das Mitglied der Verw. Kommission für Finanzen beauftragt. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst mit Ausnahme des Beschlusses ziffer 8 der mit allen Stimmen und einer Stimmenthaltung gefasst wurde Eosmuis Fageiden illiei Kmm Bmmn e Zmi
ll

103

137. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 21. November 1947

Anwesend: Alle Direktoren ausser dem Direktor für öffentliche Erziehung. Die Sitzung dauerte von 9Uhr bis 116 Uhr Niederschrift des Verhandlungsergebnisses Rechtsanordnung betr. Ergänzung und Durchführung der Verordnung über die Krankenversicherung eemäliger Wehrmachtsangehöriger und ihrer Sanulienangehörigen. Der Vorlage wird zugestimmt. Die Durchführung wird nach Mitteilung des Mitglieds für Arbeit und Wohlfahrt keine Erhöhung der Mittel erfordern. 2.) Antrag der Direktion für Wirtschaft und Verkehr, betr. Einstellung des Bewerbers Ändre Fischer beim Amt für Preisbildung und Wirtschaftskontrolle. Der Einstellung wird zugestimmt. Die Besoldung erfolgt nach T0. A III im Hinblick auf prritische Wiedergutmachung. In diesem Zusammenhang sagt das Mitglied für Wirtschaft und Verkehr zu, dass bei dem voraussichtlichen Ausscheiden

2 en des Referenten Diesenecker, Gendarmeue. direktor Heese au dessen Stelle treten Bostimmungen der soll. 3.) Paupolizeiverordnung betr. Euführung der Baupolizeiverordnung für die Landtreise. Saarbrücken, Saarlouis, Merzig, Ottweiler und St. Wendel vom 1.4.1937 und der Polizeiverordnung über die Anlage, bänliche Instandhaltung uid Ramhaltung von Fungstätten usw. vom 24.2.1939 in den dem jetzigen Kreis Merzig-Wädern wuid dem Kreis St. Wendel angegliederten Gemeinden. Die Erörterung wird zurückgestellt, da der Entwurf dem Mitglied für Wirtschaft und Verkehr noch nicht vorlag. 4) Fragung der Kosten der Dienststelle, Peroiee, kranisme At Reconstruction im Saarlouis. Der Direktor für Finanzen teilt mit, dass die von der Verwaltungskommission für Aufrannungsarbeiten der Stadt Saarbrücken bewilligten 10 Millionen durch die Pariser Kontrollstelle gestrichen worden sind und dass infolgedessen auch die Kosten für diese Dienststelle der Militärregierung nicht ohne weiteres von der Verwaltungskommission getragen werden können. Die Angelegenheit soll in der Sitzung vom 28.11.1947 nochmals erörtert werden. 3.) Papierbeschaffung für die Verwaltungskommission des Saarlandes.

05

Das Mitglied für Wirtschaft und Verkehr wird wegen der andauernden Papiernot sämtlicher Behörden bei der Militärregierung vorstellig werden uid sich um zuweisung eines grosseren Kontingents bemühen. 6.) Ramung der Lagerräume der Fierna Fistoreus in den Kellern der saarländischen Gesetzgebenden Versammlung. Das Mitglied für Ernährung und Landwirtschaft wird in der Sitzung vom 28.11.1947 über den Stand der Sachr. nach Einsicht des Ver-

trages der firnaPistoreuis berichten und sich bemühen die Angelegenheit bis dahin zu erledigen. 7.) Verwaltungsreform. Der Generalsekretär trägt vor, dass er eine Denkschrift für die Verwaltungsreform fertiggestellt hat und bittet um Bezeichnung der Kommissionsmitgliedern mit denen seine Vorschläge beraten werden sollen. Er schlägt vor, Herrn Regierungs-Direktor Kihm, evtl. Herrn Amtsrat Herb hinzuzuziehen. Ausser diesen sollen Ok. Kunkel, Dr. Gorgen, Dr. Diehl, Homburg und Dr. auremburger zugezogen werden. Die Ergebnisse der Beratung sollen den politischen Parteien zugänglich gemacht werden, alsdann soll der

a gesamte Vorgang der Verwaltungskommission vorgelegt und nach Prüfung durch diese mit der Militärregierung Erörtert werden. 8.) Nauhaftmachung der Nachfolger der zu Abgeordneten gewählten Beamten an die Militärregierung. Die Angeregenheit soll zunächst zurückgestellt werden. 9.) Landhabung der Filinzensur. Die Erörterung wird zurückgestellt bis Direktor Dr. Straus zurückgekehrt ist. 10.) Entwurf eines Gesetzes betreffend Gewährung von Straffreiheit. Die Angelegenheit soll am Dienstag, den 25.11.1947 erörtert werden. 11) 30 Jahriges Jubilarum des kommissariset. Präsidenten der saarländischen Eisenbahue. direktion, Herrn Meilchen. Der Direktor für Wirtschaft und Verkehr wird im Namen der Verwaltungskommission ein Glückwunschsreiben übersenden. 12.) Freigabe von Büroräumen für die Christliche Gewerkschaft in deren Hause St. Jonameirsts Beim Landesamt Saar-Vermögenskontrolle soll die Freigabe von Büroräumen in diesem Häuse zur Unterbringung der Christlichen Gewerkschaft angefordert werden. 13.) Regelung der Mietzahlung

157.

Die Direktionen für Wirtschaft und Verkehr sowie für Arbeit und Wohlfahrt werden sich in die Losung dieses wichtigen Fragenkomplexes bemühen. Es wurde vorgeschlagen die Unrechnung von 1.20 für Mieten vorzunehmen, da in Fräukreich die Mieten wesentlich niedriger sind wie im Saarland. Lieser Unrechnungskurs wird eine allzugrosse Belastung der Lohnempfänger durch die Mieten vermeiden um die Hausbesitzei den Bau Guthabenbesitzein. gleichstellen. 14.) Ernennung des Dr. Leib zum Regierungsrat. Auf Vorschlag des Mitglieds für Ernährung und Landwirtschaft soll die Ernennung des Dr. Leib zum Regierungsrat auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden 15.) Stundung der Lohnsteuer. Das Mitglied für Finanzen teilt mit, dass eine 50 D ige Stundung der Lohnsteuer bis zur endgültigen Regelung angebracht sei. Diesem Vorschlag wird zugestimmt. 16.) Genehmigung einer Staatsgarantie für die Beteiligung der Landeszentralbank mit einem Kredet von 104 Millionen für die Zeit von einem

1o konat für die Firuna Seinmechanmk 2.G. in Homburg. Das Mitglied der Finanzen berichtet, über die Entstehung des Krevits der nubedigt bewilligt werden müsste, een die Steuerkraft dieses wertvollen Werks dem Saarland zu erhalten. Die Verwaltungskommission, stimmt der von dern Direktor für Finanzen zugesagten Garäutie zu. Es soll darauf hingewirkt werden, dass die Aktien möglichst in saarläudische Hände gehen. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst mit Ausnahme des Prünktes 16. Bei der Beschlussfassung enthielt sich ein Mitglied der Stimme. Fan Dein wden Zimme Zim kud nd.

138. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 28.11.1947

Anwesend: Alle Direktoren ausser dem verhinderten Vorsitzenden und dem ebenfalls verhinderten Direktor für öffentliche Erziehung. en Vorsitz führte der Direktor der Finanzen Die Sitzung dauerte von 8. bis 115 Uhr Niederschrift des Verhandlungsergebnisses 1.) Aufstellung der Tagesordnung für die Besprechung beim Herrn Gouverneur. Folgende Punkte sollen bei dieser Besprechung erörtert werden. 1.) Unrechnung der Mietpreise, 2.) Unrechnung für Sozialrentner, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und Kriegsrentenempfänger, 3.) Weihnachtzuwendung für Kinder 4.) Wiederaufbau und Fortbetrieb der Neunkircher Hütte. 2. Kosten der Dienststelle Seroise Urbanisme e. Reionstruction in Saarlouis. Nach einer Mitteilung des Landesbe

2 sätzungsamts soll eine einstweilige Regelung wegen der persönlichen Kosten dieser Dienststelle nach Rücksprache mit dem Contrôleur Regional, Herrn Seewald, getroffen worden sein. Das Landesbesatzungsamt soll die Zahlungen über das Wartekoeito II b 2 a 1 leisten bis der eigentliche Kostenträger bestimmt ist. Der Direktor der Finanzen wird, das Weitere veranlassen. 3.) Angelegenheit des Angestellten WehhehArweiler. Die Angelegenheit wird zurückgestellt bis zur Anwesenheit des Vorsitzenden. 4.) Antrag des Vorsitzenden des, Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge auf Genehmigung zur Wiederaufnahme der Tätigkeit des Vereins im Saarland. Die Angelegenheit wird einstweilen zurückgestellt. 3.) Erweiterte Anwendung des § 68 Absatz 2.00 U. Die Angelegenheit muss zurückgestellt. werden bis zur Anwesenheit des Vorsitzenden. 6.) Ernennung des Dr. Leib zum Regierungsrat. Die Verwaltungskommission hat seiner

104

zeit der Ernennung zugestimmt, sofern eine Planstelle vorhanden ist. Die das Mitglied für Ernährung und Lauvwirtschaft berichtet, ist die Planstelle nicht mehr vorhanden. Die Ernennung soll daher durchgeführt werden. 7.) Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit. Die Angelegenheit wird zurückgestellt. bis zur Anwesenheit des Vorsitzenden. 8.) Vergütung für die Vorsitzenden der Untersuchungsausschüsse. Entsprechend dem Antrag des Generalsekretärs wird eine monatliche steuer. pflichtige Vergütung von 300- Mark für jeden der Vorsitzenden genehmigt. In diesem Zusammenhang wird Die Frage der beamtenrechtlichen Folgen der Immunität erörtert. (Unspruch auf Gehaltszahlung bei noch nicht möglicher Wiedereinstellung.) Eine Klärung der Frage soll herbeigeführt werden. 9) Frangung der Kosten für den in der Bahuhof- und Rathausstrasse vorgesehenen Arkadenbau. Den Anlass zu dieser Frage gibt ein Antrag des Sequesters des Kaufhauses Weinhold in der Bahuhofstrasse auf Übernahme

N2 dieser Kosten, die sich für dieses Haus auf 25 Millionen Fräuken belaufen werden. Hierzu fehlen ihm die Mittel. Ein gesetzlicher zwang zur Übernahme könne von der Stadt gegen den Eigentümer des Hauses nicht ausgeübt werden. Es gehe nicht an, dass die Stadt durch indirekten Drück (Verweigerung von Baumaterial und Baugenehmigung für die notwendige Instandsetzung des Hauses, die Übernahme der Kosten zu erzwingen trachte. Die Verwaltungskommission ist der Auffassung, dass sie nicht als Kostenträger in Anspruch genommen werden kann. Es handelt sich um eine Frage im Gesamtrahmen des Wiederaufbaues. 10.) Anfrage des Amts für Landeskunde betr. Überseridung von Grenzänderungen. Die Katasterverwaltung soll zu dem Antrag Stellung nehmen. 11.) Entlassung des Regierungs-Vermessungs-Assessors Lambrrecht aus dem saarlanveselie Katasterdienst. Der Entlassung wird zugestimmt. 12.) Übernahme des Dr. eed. Deweillin als Assistenzarzt. Der Übernahme des Dr. med. Demwukten als assistenzarzt wird zugestimmt. 13.) Übernahme des Dr. med. Morbel als Assistenzarzt. Der Übernahme des Dr. med. Morbel als

113 Assistenzarzt wird zugestimmt. 14) Atnadensachen. Dem Vorschlägen des Gnadenreferenten in nachstehenden 25 Gnadensachen wird zugestimmt. 1.) Ränder Maria, Shefran Neunkirchen wegen Unterschlagung 2.) Berchen Enntie, Laudreränge, Diebstahls 3.) Eiven Haus, Saarbrücken Betrug, 4 Gries Ludwig, St. Ingbert Verg. gegen das Persmenstands Gesetz ei Talschbeurkändung 5.) Morsch hma, Homburg wegen Unterschlagung, 6.) Sehren arthur, St. Wendel Diebstahls 7.) Hapschette Thekla, Furth,) Saar Unterschlagung. 8.) Hamengiesser Gerda, Bous) Saar Diesstahls 9.) Pinter Margarekhe, Bachen, Saar Milchfalschung, 10.) Walter Kurt, Ludwigsburg Tilgung der im Strafregister vermerkten Strafen. 11.) Martin Peter, Franläutern wegen Diebstahls 12) Liegenholen Alfr. Jos, Tieglär 2. Straftilgung, 13.) Theobald Kurt, Kaiserstäutern Diebstahl Vornahme en14.) Jost Lugust, Steinberg züchtiger Handrungen. 13. heis Kwoelf, Saarbrücken wegen sehr Diebstahls 16.) Memcke Friedr., Neuforweiler Hehlerei, 17.) Meincke Rilipp, Neuforweiler Diebstahls, 18. Brienner Haus Kaiserslantern Diebstahls, Vornahme 19.) Wirtz Johaun, Altenkessel, in ücktiger Landungen 23.) Kurz Heinzirt, Neunkischen wegen Sal iesstahl 21.) Rohr töitwe Lina, Saarbrücken Blutschände

114. wegen Diesstahls 20) Linnebach Severin, Heines, Betrug. 23) Dengel eina, Saarbrücken Schw. Diebstahls 24) Breiner Harl, Wittlich Einbruchdiebstalts 25) Graf Ednnund, Enshein 15.) Genehmigung der Emission von Aktien der Feintechink A G7. in Homburg in Höhevon 12 Millionen Mark. Die Verw. Kommission ermächtigt den Direktor der Finanzen die Ausgabe der Aktien zu genehunigen entsprechend der Verordnung über den Kapitalverkehr vom

12.7.194r und der Durchführungsverordnung vom 9.8.1941. Die Vorlage eines ordnungsmäßigen Prospektes soll zur Auflage gemacht werden. Die anwesenden Direktoren stimmen der Vorlage mit einer Stmmenthaltung zu. 16.) Ergänzungsanordnung zur Rechtsauordierung betr. Umzugskostevergütung der Beamteu. Der Ergänzungsanordnung wird zugestimmt. 17.) Zahlung von Dienstbezügen au den Leiter des Hauptreferats-Verkehrswesen-Direktor Neufang. Der Frage, ob die dem Direktor Neufang übertragene Stelle als Leiter des Hauptreferats Verkehrswesen als Beamtenstelle der Bes. Gruppe B5 im Finne

115

des § 1, Siffer 2 der Verordnung über die Zahlung von Bezügen au ausscheidende Mitglieder der Verwaltungskommission vom 5.9.1947 anzusehen ist, wird verneint. Sie steht ferner auf dem Standpunkt, dass mit der Übertragung dieser Stelle die Übernäune in das Beamtenverhältnis verbünden werden kann. 18.) Prwatteuer- und Lebensversicherung 22."Perra", "Saarbrücken, Karcherstr.I. Der Direktor der Pinanzen teilt mit, dass das Portefeiuille der im Saarland bisher tätigen Versicherungsgesellschaften von einer Gruppe französischer Versicherungen übernommen wird mit Ausnahme der "Perra, die ihre Geschäfte wird weiterführen können, vietleicht auch noch die Prooinzialversicherung. 19.) Wohnungsangelegenheiten ManverscheidOdenbruch und Dr. Gerber-Retzlaw. Das Mitglied für Arbeit und wohlfahrt trägt die neuen Gesichtspunkte vordie sich bezüglich des Hauses Odenbruch zu Gunsten einer Entscheidung für den Senatspräsidenten Manderschen ergeben haben. Die Wohnung Scheidterstr. 128 soll ihen numehr endgültig zugewiesen werden. Die streitige Wohnung in der Mae-Braunstrasse soll Retzläw

D zugeteilt werden. Dieser ist verheiratet. Seine Frau ist als Ärztin tätig. Das Ehetraar ist in zwei Mausärdenrämen ungenügend untergebracht, während Dr. Gerber iwerheiratet ist, dn Saarbrücken, ein mobeliertes Zimmer und in Kierschien eine Wohnung besitzt. 20.) Räumung des Kellers im Gebäude des Saarländischen Parlaments. Das Mitglied für Ernährung und Laudwirtschaft hat festgestellt, Lass die FirnaPistornuis zwar von dem bisherigen Eigentümer des Hauses, dem "Jade-Aubdie Kellerräume genietet hat, dass der "Jade-Aub" jedoch unter Zwangsverwaltung steht und eine fristlose Kündigung durch das Landesamt Saar erfolgen kaun. Es gehe jedoch nicht an, von dieser Kinvegungemöglichkeit Gebrauch zu machen, bevor die firiana Pestoruis in der Lage ist, ihre umfangreichen Weinvorräte anderweitig unterzubringen. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst mit Ausnahme des Beschlusses zu Prünkt 15, dem bei einer Stimmenthaltung von den übrigen Mitgliedern zugestimmt wurde. Pnde. Him UMiMe Fdngburer zuunnnrn.

117.

139. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 2.12.1947

Awesend: Sämtliche Mitglieder mit Ausnahme des erkrankten Dir. Dr. Kindel Die Sitzung musste nach Verlesung des Protokolls der vorhergehenden Sitzung abgebrochen werden, da der Vorsitzende und das Mitglied für öffentliche Erziehung sich zur Militärregierung begeben müssten. Es wurden daher die Punkte 1-10 auf die Sitzung vom 5.12.1947 vertagt. Eerme.
"Zeurs Un.

140. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 5. Dezember 1947

Gegenwärtig: Sämtliche Direktoren. Der Vorsitzende war bei den Verhandlungen über Punkt 1-3, das Mitglied für Wirtschaft und Verkehr bei den Verhandlungen über Punkt 1 nicht zugegen. Die Sitzung dauerte von 930 bis 1315 Uhr. Niederschrift des Verhandlungsergebnisses 1.) Tierarztordnung für das Saarland. Der Vorlage wurde mit folgender Massgabe zugestimmt. §14. Ziffer 2 hat zu lauten: Der Vorsitzende des Vorstandes und im Verhinderungsfalle -sein Stellvertreter vertritt die Kammer gerichtlich und aussergerichtlich. In § 15. Ziffer 2 sind hinter dem Wort Volksstimme die Worte: "und dem Saarland: zuoufügen. § 22 teitt vor § 21. Er erhält die Bezeichnung § 2t, § 21 wird § 22. In § 24 wird als Liffer 3 die Zitter 1 des § 26 aufgenommen. In § 2 wird als Absatz 1 der Tert des § 2b,

119.

Absatz 1 eingeschaltet, ferner als Absatz 2 der Absatz 5 des § 26. Der bisherige Absatz 1 des § 25 wird Absatz 3 und Absatz 2 wird Absatz 4. Die 2 ersten Worte des neuen Absatzes 2 lauten: "Der Ehrengerichtshof" statt Das Ehrengericht: § 26 erhält folgende Fassung: 1. Zur Hauptverhandlung ist ein Protokollführer hinzuzuziehen, der eine Niederschrift anzufertigen hat, die er, souie der Vorsitzende unterzeichneur. 2. Die Entscheidung ist mit Gründen zu versehen und den Betroffenen zuzustellen. 3. Das Ehrengericht und der Ehrengerichtshof können alle erforderlichen Beweise selbst erheben. Aut Ersuchen dieser Gerichte haben die ordentlichen Gerichte Rechtshilfe zu leisten. 4.) Im übrigen bestimmt der Vorsitzende das Verfahren nach seinem pflichtgemassen Ermessen. §47 soll wie folgt lauten. Die Ehrengerichte können folgende Entscheidungen treffen: 1.) Verwarnung 2) Verweise 3. Geldstrafe 4.) Anschluss aus der Kammer.

eg Die Unterteilung des § 37, Absatz 1 erfolgt durch a und b statt durch 1 und 2). Ziffer 2 des § 4t wird gestrichen. Ziffer 3 erhält die Bezeichnung Ziffer 2. 2.) Ernennung der Vorstände der Kreisversicherungsaustalten Nemkirchen, St. Ingbeit Saarlouis und Merzig. Der Vorlage wurde zugestimmt. 3.) Verordnung über die Neugestaltung des Rechtszugs in der Sozialversicherung des Saarlandes. Der Vorlage wurde zugestimmt. 4.) Verordnung über die Durchführung der knappschaftlichen Krankenversicherung der Rentner im Saarland. Der Vorlage wurde mit der Massgabe zugestimmt, dass die eingesetzten Markbeträge durch Prankenbeträge ersetzt werden. 3.) Verordnung über die Weiterzahlung der Verletztenrente vermisstei Wehrmächtsangehöriger. Der Vorlage wurde zugestimmt. 6.) Händhabung der Filzensur. Der Vorlage

wurde mit der Massgabe zugestimmt, dass die Direktion für öffentliche Erziehung mit der Ausarbeitung der entsprechenden Vorlage beauftragt wird. Sie hat sich bis zum

12

20. 3. Mts. mit den beteiligten Direktionen, des Innein, der Direktion für öffentliche Erziehung und für Arbeit und Wohlfahrt vorher ins Beuehmen zu setzen. 7.) Errichtung eines Erziehungsheims für schulentlassene Knaben in dem ehemaligen H7. Heim in Wiebelskirchen. Die Direktion für Arbeit und Wohlfahrt soll die erforderlichen Verhandlungen mit der Militärregierung und der Sequesterverwaltung führen mit dem Liel, den Abschluss eines Mietvertrages zwischen der Sequesterverwaltung und der Verwaltungskommission zu erreichen. Es wird für angebracht gehalten, das Erziehungsheim in dem chemäligen H7. Heim in Wiebelskirchen zu errichten. 8.) Angelegenheit des Angestellten Wilhelm Arweiler. Aus grundsätzlichen Erwägungen muss der Antrag des Angestellten Arweiler. ihn wieder ins Beamtenverhältnis zu übernehmen, abgelehnt werden. Die zu seinen Gunsten sprechenden Umstände haben durch die Übernahme in das Angestelltenverhältnis und die Eingruppierung in T0. A III bereits Berücksichtigung gefunden. 9.) Erweiterte Anwendung des § 68, Abs. 2 309.

D Der Vorlage wurde zugestimmt. 19.) Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit. Der Vorlage wurde mit folgender Massgabe zugestimmt. In § 1, Ziffer 1 soll die dort bezeichnete Geldstrafe von 1000- auf 2000.-Mark erhöht werden, wobei in § 1 den Worten 2000.- Mark die Worte, bzw. 40000.-Franken, hinzugesetzt werden. In § 2 treten an die Stelle des Wortes Geldstrafe von 1000- Mark die Worte: 70000-Franken. In §1, Ziffer 2 und § 2 Ziffer 2 werden hinter den Worten 500- Mark die Worte eingeschaltet: "bzw. 10000-Franken" 11.) Zahlung einer Differenz-Erschädigung zu Guesten der Arbeitnehmer, Beamten. und Sozialversicherungsempfänger. Der Vorlage wird zugestimmt mit folgendem Zusatz: Die Auszahlungsanordnung über die nach den Verzeichnissen zu erstattenden Differenz- Erschädigungen wird den Direktionen übertragen, die das Zisum gemäss der Verfügung kr.67-67 (Amtsblatt 2r.60 Seite J7o8) erteilen. 12.) Verordnung betr. Ausführungsbestimmungen zu § 13 der Rechtsanordnung betr. die Abänderung des Mutterschutzgesetzes

123 vom 17.5.1947 Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt. Eine neue Vorlage ist beabsichtigt. 13.) Freistellung des gesamten Vermögens. der Sparkassen und der Gemeinden von den Bestimmungen des Gesetzes Ha. 52. Dem von dem Mitglied für Inneres bekanntgegebenen Schreiben vom 29.11.1947 an das Landesamt Saar -Vermögenskontrolle- wurde zuge-

stimmt. Das Mitglied für Finanzen wurde beauftragt mit der Tresordirektore Generalle die erforderlichen Verhandlungen aufzunehmen, neu zu erreichen, dass die Auszahlungsanweisungen der Verwaltungskommission ohne die Zustimmung dieser Stelle vorgenommen werden. 14.) Gnadensachen. den Vorschlägen des Gnadenreferenten in nachstehenden 19 Gnadensachen wurde zugestimmt. 1) Diefen Jakob, Enseldorf wegen Diebstahls, 2) Banner Georg, Beamaras n. Diebstahls, 3) Krämer Margarete Saarwellingen- Lilchfälschung, 4. Eschmaun dermann, Neunkirchen "schw. Trebstahls, 5) Mäier Johaun, Einsvorf, Unterschlagung Hehlerei 6) Hess Helene, Höcherberg

1e Schnappach wegen schw. Diebstahls 7.) Muller Hans, Diebstahls 9. Muller Kartin, St. Ingbert Korpewerletzung 9.) Zewe Felioe, Wemmetsweiler Korpewerletzung 13) Zewe Augnst, schw. Diebstahls 11.) Schutz Alfons, Duppenweiler Einbruchdiebstahls Einerschied 12) Cattareis Fritz Diebstahls, Nennkirehen 13.) Karcher Willi, Diebstahls, Neunkirchen 14.) Karcher Gretel Felddiebstahls 15.) Hüber Wdolf, Permasens 16.) Schille Richard, Neunkirchen - Schwarzschlachte Einbenchsdebstahl, 17.) Letter adolf, Lebach Milchfälschung 10) Hauck Gustar, Dlieskastel, 19. Kuhn. Reinnund, Niederwurzrach- Feld diebstahls 15.) Berechnung des Pensionsverlustes, den Landeskriminalrat Lauriolle durch das nationalsozialistische Regime erlitten hat. Ein formeller Pensionsbescheid der Direktion für Inneres wird für erforderlich erachtet. Hierzu soll diese das weitere veranlassen und mit der Finanzdirektion die nötigen Verhandlungen führen. Die erhaltenen 5000.- schweizer Franken sind auf die folgenden ersten Pensionszahlungen zu verrechnen. Die Steuern sind zu verrechnen zum jeweils gültigen Satz und jeweils gültigen Tarif. grundsätzlich soll in solchen Fällen eine eidesstattliche

8

Erklärung vorgelegt werden, dass Bezüge wie im römischen Abkommen vorgesehen nicht als anrechenbar in Frage kommen. 16.) Antrag der S.4V. auf beihnachts zuwendung für das Personal der Post- und Telegrafenverwaltung des Saarlandes. Der Vorlage konnte nicht zugestimmt werden. 17.) Urechnung der Mieten. Es wurde bekanntgegeben, dass die Militärregierung das Unrechnungsverhältnis für Wohnungsneten vorläufig auf 125 festgesetzt hat. 18 Disziplinärverfahren Brass. Direktor Kien wurde beauftragt mit der Militärregierung Verhandlungen mit dem Ziel des Widerrufs des Herrn Brass herbeizuführen. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. VI VI. (IrA Sim Be Eommeiue

De 14r. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 9.12.1947.

Anwesend waren alle Direktoren

Die Sitzung dauerte von 10 bis 12 Uhr Niederschrift des Verhandlungsergebnisses. 1) Tagesordnung für die Besprechung beim. Herrn Gouverneur am 16.12.1947 Nachstehende Punkte sollen auf die Tagesordnung gesetzt werden. 1) Unrechnung der Reuten der Sozialversicherungsempfänger sowie der Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen sowie der Bezüge der Fürsorgerempfangen 2.) Wiederaufbau und Fortbetrieb der Neunkircher Hütte. 3.) Amnestie für die von den Militärgerichten Verurteilten. 4 Differenzbeträge zwischen Ein- und Verkauf durch Offiziere. In diesem Zusammenhang wurde die Frage der Pensions- und Gehaltsnachzahlungen an freigelassene Inhaftierte der Militärregierung erörtert. Den Anträgen auf Nachzahlung für die Zeit der Internierung

c7

oder Inhaftierung soll nur in Ausnahmefällen stattgegeben werden, wenn zum Beispiel einwandfrei feststeht, dass die Internierung bei Inhaftierung auf Grund haltloser. Deminzierungen erfolgte oder auf einem Irrtum beruht. Das Personalreferat soll entsprechende Weisung erhalten. 2.) Dienstaufsichtsbeschwerde des Verwaltungsvorstehers in Altheim gegen eine Entscheidung der Direktion für Arbeit und Wohlfahrt. Die Entscheidung wird zurückgestellt. Die Justizdirektion soll ihr Gutachten nach folgender Richtung ergänzen: Ob ein Vertragsverhältnis das durch einen Staatsakt, zum Erlöschen gebracht der auf falschen Voraussetzungen berechtigt ohne deshalb nichtig zu sein, durch eine nachträgliche Aufhebung des Staatsaktes wieder aufleben kann. Die Verwaltungskommission steht in übrigen auf dem Standpunkt, dass auf Grund des Schwerbeschädigtengesetzes die Einstellung von Schwerbeschädigten sowohl bei privaten Arbeitgebern, als auch bei Behörden durch die Direktion für Arbeit und Wohlfahrt zu überwachen ist. Wird

festgestellt, dass die Anordnung, einen Schwerbeschädigten auf 10 Beschäftigte einzustellen, nicht befolgt ist, so soll der Arbeitgeber bzw. die nachgeordnete Behörde aufgefordert werden, bis zu einem bestimmten Termin Vollziegmeldung zu erstatten. Ist die Frist verstrichen, ohne dass die Einstellung eines Schwerbeschädigten erfolgt ist, so wird von Amts wegen die Zuweisung eines Schwerbeschädigten veranlasst. 3. Vergütung der Beisitzer für den Verwaltungsgerichtshof. Der Generalsekretär trägt vor, dass die Bewilligung der Erneuerung beschlossener Vergütung für die Beisitzer des Verwaltungsgerichtshofs notwendig ist, um die Dieder-

aufnahme der Tätigkeit des Verwaltungsgerichtshofs, die durch eine Anzahl Klagen in Wiedergutmachungssachen dringlich geworden ist, sicherzustellen. Die Verwaltungskommission beschliesst, dass ab 1.12.1947 eine Vergütung von 250- Mark je Monat den Beisitzern Verwaltungsgerichts als steuerpflichtige ers Dieters Teuerungzulage ausgezahlt wird. 4. Gnadensachen. In nachstehenden Anadensachen wurde entsprechend den Vorschlägen

129

des Unadenreferenten entschieden: 1) Schank Haus, Saarbrücker, wegen Kriegswirtschaftsverbrechung 2 Korb Auna, Eisen Passvergehens, 3.) Sehu Theodor, Saarbrücken: fahrl. Totung, 4 Imperteo Maktilie Lucwigshafen-Kriegswirtschafts. verbreche. 3 Sutter Antome, Sulzbach Einbruchdiebokäht, 8. Bohr Auguste, Herrensohr Diebstahls, 7 Onderbeck Friederike, Diez Lahn-Kriegswirtschaftsverbrechen, 3.) Rastian Theoder, Medelshein 1 falscher aussage vor Gericht 9) Mohm Alois, Kollerbach 5 Einbruchdiebstahls 5.) Unrechnung der Gehälter und Höhe der Bediensteten der Verwaltungskommission im Verhältnis 150. Das Mitglied für Arbeit und Wohlfahrt legt dar, dass die Besoldung einer grossen Anzahl Angestellter der Verwaltungskommission und der nachgeordneten Behörden seit der Umstellung auf Franken unter dem Existenzimimum bleibt. Es müsse daher der Mindestlohn auf etwa 9.500.-Franken festgesetzt werden. zunächst müssten alle Bediensteten eine enmälige Tenerungszuläge in Höhe von 1.350-Franken erhalten, die noch vor Weihnachten zur Auszahlung gelangen müsse. Die Mitglieder für Finanzen, füur Arbeit und Wohlfahrt und Wirtschaft

IS und Verkehr sollen durch eine Besprechung die Frage der küünftigen Gehaltszahlriengeklären und feststellen, wie hoch das Mindestgehalt sein muss und welcher Gesamtbedarf vorliegt. Es soll eine Aufstellung gemacht werden, in der zunächst nur die Bediensteten erfasst werden, die jetzt tatsächlich unter dem Existenziinum liegen. Die nötigen Feststellungen, welche Bedienstete in Betracht kommen und welche Smmen notwendig sind, um die Gehälter entsprechen aufzubessern, sollen vom Personalreferat sofort getroffen werden, damit die Angelegenheit noch vor Weihnachten erledigt wird. Die weitere Erörterung soll am 12.12.47, stattfinden. 6.) Rentenzahlungen. Dem Antrag des Mitglieds für Arbeit und Wohlfahrt wird zugestimmt. Bei Sozialreutenempfängern, die im Saarland wohnhaft sind, ihre Rente jedoch durch das Reich erhielten oder ungekehrt, werden die Beträge vorschussweise dirch ein Sonderkonto der Kompensationslasse ausgegeben und verrechnet:

131.

Finanzielle Belastungen für den Saarhanshalt entstehen nicht. In diesem Zusammenhang wird der Direktor der Finanzen, beauftragt, bei der Militärregierung zu klären, ob es richtig ist, dass in Saarbrücken eine rein französische Stelle als Devisenstelle zum Zweck des Wehrungsangeordnet werden soll. Die Einrichtung der Devisenstelle wird für dringlich gehalten. 7.) d Personelle Besetzung des Beirats der Saarländischen Rediskont Bank Die Verwaltungskommission ist mit den vorgeschlagenen Mitgliedern des beratenden Ausschusses einverstanden. s. Personelle Besetzung des saarländischen Kreditansschusses. Es wird vorgeschlagen, statt 2. Dize: präsidenten nur einen zu wählen, der ein Saarländer sein soll und zwar möglichst der Ministerialdirektor des zukünftigen saarländischen Wirtschaftsausschusses. Vertreter der Direktion der Finanzen soll Oberregierungsrat Herbert, der der Direktion für Wirtschaft und Verkehr, Oberregierungsrat Huthnacher. sein. Vertretung der Industrie soll Herr, Theodoret in Volklingen werden.

n Die Vertreter der Arbeiter Organisationen bleiben noch zu bestimmen. 8. Bestellung eines Mitarbeiters für den Staatskommissar für die politische Föderung. Die Notwendigkeit der Bestellung eines Mitarbeiters wird wegen der Häufung der dringenden Arbeiten beim Staatskommissar anerkannt. Der Schaffung der Stelle wird daher zugestimmt. Eine geeignete Persönlichkeit soll in kürzester Zeit namentlich gemacht werden. 9.) Weisungsrecht der Direktion für öffentliche Erziehung an die unterstehenden Jugendämter. Die Vorlage wird abgesetzt. Eine Einigung der beteiligten Direktionen steht in Aussicht. 10.) Steuerpläne: Der Direktor der Finanzen berichtet hierzu: a Grunderwerbsteuer. Mit Steuerzahlungen aus Betriebsgewinnen der Gruben kann nicht gerechnet werden, wenn- wie beabsichtigt - die Abschreibungen und Abnutzungen mit 11 7 des Umsatzes in Ansatz gebracht werden. Die Gruben wurden daher wirt

133

schaftlich und steuerlich für das Saarland einen Passiv-Posten darstellen. b Verkaufspreise zurückgehaltener Waren. Es ist, die Wahrnehmlich gemacht worden, dass jetzt deutsche Waren, die vor dem 20.11.1947 nicht zu erhalten. waren, zu neuen Preisen angeboten werden. Die Preisprüfungsstelle soll beauftragt werden, durch Prüfer die überhöhten Preise in derartigen Geschäften nachprüfen zu lassen und der Verwaltungskommission über das Ergebnis zu berichten. c) Eingabe des Vorsitzenden der Vereinigung ehem. Freidenk legionäre um Gewährung einer Spende zur Weihnachtsfeier für die Kinder der Mitglieder. Der Antrag muss abgelehnt werden, um Präzedenzfälle zu vermeiden. Ein Betrag von 20000.- Mark des Dispositionsfonds sollen den charitativen Organisationen des Saarlandes überwiesen werden. Um eine gerechte

Verteilung zu ermöglichen, sollen die in Betracht kommenden Organisationen: Caritas, Innere Mission und Arbeiterwohlfahrt, den Kreis der von ihnen

14 Betreuten der Verwaltungskommission zahlenmässig bekanntgeben. Die Direktion für Arbeit und Wohlfahrt soll hierüber in der nächsten Sitzung berichten. 11.) Antrag der Bediensteten der Regierungsgarage um eine finanzielle Unterstützung für ihren Kameradschaftsabend. Auch dieser Antrag wird aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt. 12.) Wetterdienststelle. Die Wetterdienststelle soll ab sofort der Direktion für Wirtschaft und Verkehr unterstellt werden. 13.) Weiterbeschäftigung des Gendarmerie Direktors Heese. Das Personalreferat soll darüber berichten, welche Möglichkeiten für eine Beschäftigung Heeses nach T0. A 1 gegeben ist bzw. geschaffen werden kann. 14.) Antrag der Erbin des verstorbenen Amtsgerichtsrats Laypmann, ihr aus Gründen der Wiedergutmachung die rückständigen Pensionsbezüge ihres Ehemannis zu zahlen. Der Antrag wird mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. 15.) Pensionierung des Dr. Karubach. Auf die Beschleunigung der Pensionierung

135 soll hingewirkt werden. Die Beschlüsse wurden mit Ausnahme des Beschlusses zu Punkt 15 einstimmig gefasst. stlle Zrmim, SIin Hwn. Amm

142. Sitzung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 17.12.1947.

Anwesend: Alle Direktoren. Die Sitzung dauerte von 830 bis 11 UUh Niederschrift des Verhandlungsergebnisses. 1.) Gnadensachen. den von dem Gnadenreferenten vorgeschlagenen Entscheidungen in nachstehenden Tachen wurde zugestimmt. Volkügen, wegen Diebstahls, 1) Prasse Hermaun, Abtreibung, Friedeiensthat 3.) Hoffnan Kattarng Diebstahls Saarbrücken "3.) Berginann Werner Biganne Heiligenwald7. Losse Heinz Telgung in Zweibeneken 5.) Wilhelm Heinrich Strafreger Diebstahls Saarbrücken 6.) Herp Karl 5scher Diebstehls, Saarbrücken 7.) Heep Ruwolf, Diebstahls 8.) Lion: Witwe Kna, Rehlingen Diebstahls Saarbrücken 9.) Hürter Anna, Einbench rebKollerbach 10.) Weriet Hilli i stahls Iiebstahls Saarlouis 1.) Beiyert Herman. Diebstahls. Saarlouis 1a Frantz Peter, 2.) Rechtsanordnung über die polilische Belätigung im öffentlichen Dienst undan öffentlichen Dienststellen.

37. Der Vorlage wurde zugestimmt. 3.) Besprechung des Prüfungsberichts über die Bauarbeiten für Schloss Halberg. 4.) Wohnungsangelegenheitassessor Weber. 5.) Wohnungssache Nikolaus Gorges. 6) Erstattung von Entnienungs- und Desarmierungskosten aus Mitteln des ausserordentlichen Haushalts Teil VI. Die Erörterung zu den Pünkten 3 bis 6 wurde vertagt. 7.) Entscheidung über die Weiterbeschäftigung des Referenten Hugo Schevinzshakl bei der Direktion für Ernährung und Landwirtschaft. Das Mitglied für Ernährung und Landwirtschaft berichtet, dass Schwngshäkl sich wegen seines Verhaltens entschuldigt habe. Da er fachlich durchaus geeignet ist, wurde vorgeschlagen, die ihm zugestellte Kündigung zurückzuziehen. Dem Vorschlag wurde zugestimmt. 8.) Antrag der Direktion für Ernährung und Lanwirtschaft auf Wiedereinstellung des Dr. vet. Perhörst als Regierungs-Veterinarrat im Restkreis Wadern. 9.) Betreuung des Beamtennachtrichses der staatllchen Verwadtung. Die Erörterung der Tirnkte 8 und 9 wurde vertagt.

17. 10.) Verordnung über die Durchführung einer Veranlagung der nichtbuchführen den Land- und Porstwirte zur Einkommen steuer für das Malenderjahr 1946. Die saarländische Baue-ruschafft soll zunächst zu der Vorlage gehört werden. 11.) Erlass betr. die vorläufige wertere Gültigkeit der für das Lalenderjahr 1947 ausgeschriebenen Lohusteneikarten Der Vorlage wurde zugestimmt. 12.) Wildschweinschaden. Der Landtag wird zu der Frage Stellung nehmen müssen. 13.) Anordnung zur Förderung der Perdezucht Die Erörterung wurde vertagt. 14.) Verordnung über Änderungen in der Sozialversicherung anlässlich der Einführung der französischen Währung im Saarland Der Vorlage, die nach Mitteilung des Mitglieds für Arbeit und Wohlfahrt mit allen in Betracht kommenden Stellen durchgesprochen ist, wird zugestimmt. 15)

Kreditgewährung für die Landesversicherungsaustalt, Abt. Huttenknappischafliche Pensionsversicherung. Die Kreditgewährung wird vorläufig bis zum 31.1.1948 genehmigt. 16.) Aufhebung des Bergmanns-Treuegeldes

139

Wird vorläufig genehmigt. 17.) Übernahme von Angestellten in den Dienst der Verwaltungskommission des Saarlandes, die bisher bei der Militärregierung beschäftigt waren. Die Entscheidung muss der neuen Regierung vorbehalten werden. 18.) Eingabe der Verengung der Kriegsbeschäftigten und Kriegshinterbliebenen wegen Erlass der Reststrafe der Ehefrau des Schwerkriegsbeschädigten Edward M. Kommen. thal aus Rehlingen. Es soll zunächst ein Gutachten der Justizdirektion erhoben werden. 19.) Gewährung von Zuschüssen zu den Kosten der Prummerrbeseitigung. Die Erörterung wurde vertagt. 20.) Bestellung des Colonels Dr. Springer zum Landesverträuensarzt bei der Landesversicherungsanstalt des Saarlandes. Die Erörterung wurde vertagt. 21.) Stellung der als Abgeordnete gewählten Beamten. Hier Urlaubsauftrag des Staatskommissars für den Wiederaufbau. Die Erörterung wurde vertagt. 22.) Antrag der Direktion für Wirtschaft

145 schaft und Verkehr auf Entlassung des Regierungs-Baurats Freixl aus dem Staatsdienst. Die Erörterung wurde vertagt. 23.) Antrag der Direktion für Arbeit und Wohlfahrt auf Beförderung des Medizinalrats Dr. Theodor Ripplinger zum Obermedizinalrat. Die Erörterung wurde vertagt. 24.) Regelung der Gehalts- und Lohnzahlung der Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes. Die Verwaltungskommission stimmt der vorgeschlagenen Regelung zu: sie wird als Zwischenlösung betrachtet. 25.) Antrag der Direktion des Innern auf Einstellung des staatlich geprüften Landwirts Lothar Barrhelt. als Leiter des Kreisernährungsamts A in Saarlouis. Die Erörterung wurde vertagt. 26.) Änderungsordnung zum Betriebsgesetz. Der Vorlage wird mit folgender Massgabe zugestimmt. In § 4 muss es heissen: I. nur von letzteren durchgeführt. In § 8 sind die Worte einzuschalten. I. wenn dringendes Bedürfnis

1 fr.

In § 7, letzter Satz, tritt folgende Änderung ein. "Hierdurch werden Betriebsversammlungen auf Grund der §§ 58 und 59 der Betriebsräte.- Verordnung nicht ausgeschlossen. In § 11. Das Wort, einseitig wird gestrichen. 27.) Beförderung des Amtmannes Jäger Direktor für Ernährung und Landwirtschaft erhebt Einspruch dagegen, dass mit der Versetzung des Amtmannes Jäger zur Direktion für Wirtschaft und Verkehr eine Amtmann-Planstelle der Direktion für Ernährung und Landwirtschaft verloren gegangen ist. Es wird als Grundsatz festgestellt,

dass die Planstellen bei der Direktion verbleiben, der sie gehören. Sie können nicht verlagert werden. Die Beförderung Waqners muss daher durchgeführt werden. 28) Entlassung von Strafgefangenen der Militähregierung. Die Militärregierung wird eine Reihe von Strafgefangenen, die ihre Sträfe bis 31.1.1948 verbiesst hatten, schon am 25.13.1947 entlassen. Eine gleiche Massnahme

2 für die von saarländischen ziwilstrat richtern Verurteilten wird in Aussicht genommen. Hier-nach wurde dem PräsidialReferat aufgetragen, zu veraulassen, dass Herrn diner verpräsidenten Höffinan und Landtagspräsident Zimmer aulässiglich ihrer Ernennung ein Glückwünschschrei-ben mit einem Bkiernengebinde überreicht wird. Der Vorsitzende schloss die 142 Sitzung, die die letzte der Verwaltungskommission sein wird, mit dem Ausdruck des Dankes an alle Mit-glieder für ihre verantwortungsbewusste Arbeit und dehnte seinen Dauk auf alle Beamte und Angestellte der Zeutralbehörde ueind der nachgeordneten Behörden aus. Eroiiime. Wlden FIm Am Kmmsen